

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 149 · 13. JAHRGANG · AUSGABE 6/2007 VOM 1. JUNI 2007 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4/5 | **Von den Zwecken
einer Ausstellung**

»Antisemitismus in der DDR«

7 | **Hundertmal
auf der Straße**

Montagsdemo in Eberswalde

14 | **Auf der Suche
nach der Wahrheit**

Kontroverse um Flugzeugabsturz

Kriegerdenkmäler haben Zukunft

von Gerd Markmann

»Dies ist die Antwort auf die Tornados, war meine spontane Reaktion. Auch beim Überdenken der Ereignisse komme ich zu dem Ergebnis, daß dieser Anschlag zielgerichtet verübt wurde - wegen der Entsendung der deutschen Luftunterstützung für den US-Krieg. Daran ist überhaupt kein Zweifel möglich. Hier ist Berlin mitgeteilt worden: Wenn Ihr Eure Besatzungspolitik weiter eskaliert, werdet Ihr mit hohen Opfern zu rechnen haben.« So der Kommentar eines afghanischen Exilpolitikers zu dem tödlichen Anschlag auf eine Patrouille deutscher Soldaten am 19. Mai in Kunduz, gegeben in einem Interview mit dem Internet-Magazin »Informationen zur deutschen Außenpolitik« (german-foreign-policy.com). Drei deutsche Soldaten und fünf afghanische Zivilisten starben. Fünf weitere Bundeswehrsoldaten wurden verletzt, davon zwei schwer.

Bisher habe die Bevölkerung den Deutschen relativ mehr vertraut als den Amerikanern, sagt der Exilpolitiker, der anonym bleiben wollte. Den Deutschen sei ein Vertrauensvorschuß gewährt worden, der historische Gründe habe. Doch »spätestens seit der Entsendung der Tornado-Unterstützung für die übrigen Besatzungstruppen ist dieser Vorschuß verbraucht«.

Ursprünglich war auch die US-Army von den meisten Afghanen als Befreier begrüßt worden. Inzwischen avancierten die USA zum Haß-Gegner für die große Mehrheit der Bevölkerung. »Der Haß auf die US-Politik ist wesentlich stärker, als er gegenüber den Russen je gewesen ist«, meint der Exil-Afghane, der in den 80er Jahren gegen die sowjetischen Invasoren kämpfte. Der Haß ist inzwischen so groß, daß selbst Regierungssoldaten des Kabuler Regimes gegen die US-Besatzer vorgehen. Die Nord-Allianz stellte im Krieg gegen die Taleban vom Herbst 2001 die Bodentruppen und später einige Minister in der Kabuler Marionettenregierung. Die US-Verwaltung hat sie mittlerweile alle abgesetzt.

Hintergrund der Konflikte unter den bisherigen Verbündeten ist die Verteilung der Pfründe. Dabei geht es um große Summen. Seit Beginn der US-Anwesenheit in Afghanistan ist der Drogenhandel um etwa 75 Prozent gestiegen. »Der Drogenhandel ist buchstäblich der einzig funktionierende Wirtschaftszweig«, sagt der Exilpolitiker, »alles andere liegt darnieder«. Die Nord-Allianz fühlt sich ausgebootet. Sie wirft den USA vor, über den Flughafen Helmand selbst am internationalen Drogengeschäft beteiligt zu sein.

Die Bundesregierung indes läßt keine Zweifel am Einsatz deutscher Soldaten am Hindukusch aufkommen. Der MOZ-Kommentator Frank Mangelsdorf kritisierte am 21. Mai gar, daß sich die BRD »mit dem Tornado-Einsatz quasi vom verlustreichen Bodenkampf frei« kaufte. »Nur Entschlossenheit und massives Handeln können noch zum Erfolg führen.« Das aber werde »gewiß auch blutiger als befürchtet«.

Ob Mangelsdorf bereits selbst seine Freiwilligenmeldung für den Afghanistan-Einsatz abgegeben hat dürfte zu bezweifeln sein. Mit seinem Kommentar bewegt er sich im Mainstream der Regierungsäußerungen, in denen die Fortführung der bisherigen Besatzungsstrategie unterstrichen wird. Auch hier mit Hinweisen auf zukünftige Opfer, deren Tod offensichtlich hingenommen werden soll. Bisher kamen nach offiziellen Angaben 21 Bundeswehrangehörige in Afghanistan ums Leben,



darunter 13 gewaltsam und 8 bei Unfällen. Man trauere mit den Angehörigen, heißt es in satzgleichen Standardstellungen der verantwortlichen deutschen Politiker. Entsprechende Beileidsbriefe werden nach Formvorlagen angefertigt.

Eines der drei Opfer des Kriegs in Afghanistan war ein Reservehauptmann aus Prenzlau. Das hiesige »Heimatblatt« berichtete ausführlich. Und vergoß Krokodilstränen. Es sollte der letzte Auslandseinsatz des 32jährigen Prenzlauers sein. Und es wurde der letzte. Bitternis für die Angehörigen. Eine Bitternis, die auf deutschem Boden fünfzig Jahre lang bekannt war.

Nun wird so langsam verständlich, weshalb nach der Wende allorts die Kriegerdenkmäler auf Hochglanz gebracht wurden. »Unsere Helden« der preußisch-deutschen Kriege von 1864, 1866 und 1870/71 sowie des 1. Weltkrieges von 1914-18, die im Kampf »fürs Vaterland« und »für uns« starben, sollen nicht vergessen werden. Als Vorbilder für heutige »Helden«. Das »Vergeßt es nie« des Antikriegsdenkmals im Eberswalder Hans-Ammon-Park (heute »Am Weidendamm«) überstand hingegen die Nachwendzeit nicht. Auch das »Nie wieder«, auf so manchem Kriegerdenkmal nach dem zweiten der von deutschem Boden ausgegangenen Weltkriege angebracht, fiel bei der Restaurierung (natürlich nur aus denkmalschützerischen Gründen) nicht selten untern Tisch.

Die Granit- und Marmortafeln auf vielen der frisch renovierten Kriegerdenkmäler ist noch Platz. Platz, der künftig gebraucht wird.

Nerven blank

Die Nerven scheinen ja bei der Führungselite der Barnimer SPD ziemlich blank zu liegen. Anders kann ich mir den Amoklauf des SPD-Unterbezirksvorstandes Barnim, insbesondere seiner Vorsitzenden Petra Bierwirth, bezüglich unseres geschätzten ver.di-Mitgliedes Kollegen Dr. Andreas Steiner, nicht erklären.

Es steht mir nicht zu, innerparteiliche Konflikte und Tribunale der Barnimer SPD zu kommentieren und zu bewerten. Trotzdem macht mich dieser für mich menschlich enttäuschende Umgang mit Dr. Steiner tief betroffen. Ich sage das auch in Bekenntnis zu meiner früheren politischen Tätigkeit als FDJ-Funktionär und naturgemäß als SED-Mitglied. Dies unterscheidet mich übrigens von vielen ehemaligen Genossinnen und Genossen der SED, die schon im Herbst 1989 und in den folgenden Jahren ohne kritische Distanz und politische Hygiene zur SPD gewechselt sind und diesbezüglich dort auch herzlich willkommen waren.

Es verwundert mich doch sehr, daß in dieser oft so heilig gesprochenen freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung, insbesondere in der Barnimer SPD, Szenarien aktiviert werden, die vor 1989 innerhalb der SED im Umgang mit systemkritischen Mitgliedern Gang und Gebe waren.

Die MdB`s Petra Bierwirth bzw. Markus Meckel (»Zaunlatenstreit« u.a.) sollten sich überlegen, wie ihre politische und moralische Glaubwürdigkeit gegenüber den Wählerinnen und Wählern wahrgenommen wird und ob sie sich mit ihrem Handeln nicht immer mehr ins politische Abseits manövrieren.

Tief betroffen macht mich ebenfalls, daß ein langjähriger und durchaus anerkannter Gewerkschaftssekretär im ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg, der heute bekanntlich als Vorsitzender der Barnimer SPD-Kreistagsfraktion wirkt, zu den Vollstreckern von unsozialer und umweltfeindlicher Politik im Landkreis Barnim zählt.

Meinerseits kann ich den Kollegen Dr. Steiner nur revolutionäre Gelassenheit in der Sache empfehlen. In diesem Zusammenhang möchte ich an die Vita des zeitigen ver.di-Bundesvorsitzenden Frank Bsirske erinnern, der bekanntlich aus der SPD ausgeschlossen wurde.

Ich freue mich jedenfalls weiterhin, mit Dr. Andreas Steiner im gewerkschaftlichen und parteiübergreifenden Rahmen einen engagierten, sach- und fachkompetenten Mitstreiter im Kampf für ökologische, kulturelle und soziale Interessen an meiner Seite zu wissen.

Im Übrigen gilt der weise Spruch, den Michail Gorbatschow 1989 sinngemäß prägte: »Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben«.

Abgewandelt auf den konkreten Fall heißt das: Wer zu spät kommt, den bestrafen die Wählerinnen und Wähler.

CARSTEN ZINN

Ziel ist Kriminalisierung

Strausberg (de/bbp). Bei den BRD-weiten Polizeiaktion gegen Personen und Initiativen, die mit den Protesten gegen den Anfang Juni in Heiligendamm stattfindenden G8-Gipfel in Zusammenhang gebracht werden, geriet auch das Strausberger Jugendprojekt 1260 Horte ins Visier der Staatsschützer. Ihren entschiedenen Protest formulierte dazu die Brandenburger Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann. Die Aktion der Polizei sei völlig überzogen, sagte sie. »Das alternative Jugendprojekt 1260 Horte ist ein anerkannter Träger freier Ju-

gendhilfe. Daß mehrere Kleinbusse und Zivildfahrzeuge anrollen, um ein weithin bekanntes Jugendobjekt zu durchsuchen, kann nur als Provokation gewertet werden.« Der Vorwurf zur Bildung einer terroristischen Vereinigung sei völlig aus der Luft gegriffen. Er diene nur dazu, den Widerstand gegen den G8-Gipfel zu kriminalisieren. »Wer sich an den Aktionen beteiligen will oder diese mit organisiert, soll offenbar eingeschüchert werden.« Dagmar Enkelmann bekräftigt, daß sie den friedlichen Protest in Heiligendamm ausdrücklich unterstützt.

Kopfschütteln über «Selbstdemontage»

Bezüglich des Umgangs mit Kritikern möchte ich Frau Bierwirth, als Vorsitzende des Unterbezirksvorstandes der Barnimer SPD, zu einem Blick in das Grundsatzprogramm der Sozialdemokraten raten.

Hier ist in klaren und klugen Worten beschrieben, wie ihre Partei sich den Umgang mit Andersdenkenden vorstellt und was unter dem Begriff der innerparteilichen Solidarität zu verstehen ist. Demnach geht es den Genossen – außerhalb des Barnim – offenbar um einen kritischen Dialog zwischen »Freien und Gleichen« und nicht etwa um bedingungslose Gleichschaltung und »Parteisoldatenmentalität«.

Ich habe Dr. Steiner bislang als streitbaren aber konfliktfähigen Sachpolitiker kennen gelernt. Zudem war er einer der wenigen, die im

»Rüdnitzer Alleinkonflikt« die nachweislich rechtswidrige Fällgenehmigungserteilung durch die Naturschutzbehörde des Kreises nicht »beklatschten«, sondern die Einhaltung der bestehenden Umweltgesetzgebung einforderten.

Abschließend möchte ich meiner Verwunderung Ausdruck verleihen, daß Barnims »Sozis«, ein gutes Jahr vor den nächsten Kommunalwahlen, mit der Demontage einer ihrer fähigsten Umwelt- und Sozialpolitiker beginnen.

Als Sprecher einer konkurrierenden Partei möchte ich jedoch nicht undankbar erscheinen und bedanke mich an dieser Stelle ganz herzlich für die unverhoffte Wahlkampfhilfe.

STEFAN STAHLBAUM,
B90/Grüne, Regionalverband Niederbarnim

Studenten helfen Althüttendorf

Ganz nach dem Motto »Althüttendorf ist nicht das Dorf der alten Hütten« stellte die studentische Projektgruppe »Kooperationswerkstatt« der Fachhochschule Eberswalde die Ergebnisse ihrer Planung zur Dorfgestaltung in Althüttendorf vor. Am 15. Mai trafen sich erneut Vertreter der Gemeinde und des Amtes Joachimsthal (Schorffheide), Vertreter des Biosphärenreservates Schorffheide-Chorin, des Kulturlandschaft Uckermark e.V. und der Fachhochschule. Der Bürgermeister von Althüttendorf, Siegfried Ortlieb, bedankte sich im Namen seiner Gemeinde bei den Studierenden für die gute Zusammenarbeit und die gelungenen Gestaltungsideen für die Ortseingänge Glasstraße und Bahnhofstraße sowie den Ortskern Althüttendorfs. »Durch einfache Mittel, eingebunden in ein Gesamtkonzept, kann das Ortsbild für seine Einwohner und Besucher dadurch wirkungsvoll verbessert werden.« Auch Amtsleiter Dirk Protzmann und Bauamtsleiter Eberhard Schröder lobten die Vorschläge. »Sie sind gut umsetzbar und praxisnah und kommen genau zur richtigen Zeit, um sie bei dem anstehenden Ausbau der B 198 zu berücksichtigen«, betonte Schröder. Die Verwendung regionaltypischer Baustoffe wie Holz und Stein unterstützt den ursprünglichen Charakter des alten Glashüt-

ten- und Steinschlägerdorfes am Grimnitzsee. Die Entwürfe der Studierenden berücksichtigen dies in den Skulpturen, Schildern und Sitzgelegenheiten des Wegeleitsystems. »Damit betonen sie nicht nur den Charakter des Ortes, sondern berücksichtigen auch die Vernetzung mit dem nahe gelegenen Geopark Eiszeitland am Oderstrand«, hob Amtsleiter Protzmann hervor. Auch Prof. Dr. Jürgen Peters bedankte sich für die konstruktive Zusammenarbeit mit der Gemeinde Althüttendorf und dem Amt Joachimsthal (Schorffheide). »Denn eine Kooperation muß immer auch auf Gegenseitigkeit beruhen, um gute Ergebnisse zu erzielen.«

Im Anschluß an die Präsentation wurde bei einem gemeinsamen Imbiß weiter lebhaft über die aktuellen Entwürfe diskutiert und bereits anschließende studentische Projekte gemeinsam angedacht. Der Fachhochschule ist es immer ein Anliegen Studierenden die Möglichkeit zu bieten praxisnah Öffentlichkeitsbeteiligung in Planungen zu erfahren.

Unterstützt wurde die studentische Arbeit von dem europäischen Projekt EnTraCoP, das die »Kooperationswerkstatt« der Fachhochschule Eberswalde initiierte. Weitere Informationen unter: www.fh-eberswalde.de/K1348.htm.

KLAUDIA SCHLETTE

Demokratie im Wohngebiet

Das Grundgesetz der BRD garantiert den Gemeinden das Recht, im Rahmen der Gesetze alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung zu regeln. Als Mittel sieht die Verfassung die Wahl einer Gemeindevertretung vor, an deren Stelle auch die Gemeindeversammlung treten kann. Gliederungen innerhalb der Gemeinde sieht das Grundgesetz nicht vor. Das wird den Gemeinden überlassen, die ja »alle Angelegenheiten der Gemeinschaft in eigener Verantwortung« regeln können. Meist regeln Landesgesetze die näheren Einzelheiten, in Brandenburg die Brandenburgische Gemeindeordnung (GO). Demnach kann die Gemeinde Ortsteile bilden. In der Hauptsatzung darf festgelegt werden, ob ein Ortsbürgermeister oder ein Ortsbeirat gewählt wird, dessen Mitglieder dann aus ihrer Mitte den Ortsbürgermeister bestimmen.

In der Stadt Eberswalde haben die Einwohner in den eingemeindeten Ortsteilen Sommerfelde, Tornow und Spechthausen das Privileg, Ortsbeiräte zu wählen. Das restliche Stadtgebiet ist in die vier Ortsteile Eberswalde I (Stadtzentrum, Ost- und Südend), Eberswalde II (Nordend, Leibnizviertel, Westend), Brandenburgisches Viertel und Finow (einschließlich Clara-Zetkin-Siedlung) gegliedert, in denen jeweils ein Ortsbürgermeister gewählt wird. In diesen vier Ortsteilen nimmt der Ortsbürgermeister die Rechte des Ortsbeirates wahr. Allerdings nicht alle. Die Gemeindeordnung behält die im Absatz 3 des Paragraphen 54a festgelegten Rechte den Beiräten vor. Dabei geht es um Entscheidungen zur Reihenfolge von Unterhaltung, Instandsetzung und Ausbau von Straßen, Wegen und Plätzen, der Pflege des Ortsbildes und der Ausgestaltung von öffentlichen Park- und Grünanlagen sowie der Unterhaltung, Nutzung und Ausstattung öffentlicher Einrichtungen. Natürlich immer unter der Maßgabe, daß deren Bedeutung nicht über den Ortsteil hinausgeht.

In Eberswalde verfügen allerdings auch die drei Ortsbeiräte nicht über diese Rechte. Denn es handelt sich um eine Kannbestimmung, die in der Hauptsatzung festzulegen ist. Und das kam bisher in Eberswalde niemandem in den Sinn. Dabei werden die gesetzlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten in Eberswalde auch anderweitig bei weitem nicht ausgeschöpft. So können den Ortsteilen beispielsweise Mittel zur Verfügung gestellt werden zur Förderung von Vereinen, für Veranstaltungen der Heimatpflege und für Ehrungen und Jubiläen. Zumindest in den vier großen Ortsteilen wurde dies bisher noch nicht praktiziert.

Mit dem Wechsel an der Rathauspitze im vorigen Jahr waren auch Hoffnungen auf größere demokratische Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger verbunden. Das Agieren des neuen Bürgermeisters entspricht bisher durchaus diesen Hoffnungen. Insbesondere die

Anfang des Jahres durchgeführten Einwohnerversammlungen und deren Auswertung nähren und nähren diese Erwartungen. Mit dem Vorschlag, einen Bürgerhaushalt einzuführen, wird ein weiterer Schritt versucht.

Bei seinen Einwohnerversammlungen hielt sich der Bürgermeister nicht an die Ortsteilgliederung. In den drei großen Ortsteilen Eberswalde I und II sowie Finow lud er jeweils die Einwohner kleinerer, räumlich getrennter Gebiete ein, um ein höheres Maß an Bürgernähe zu erreichen. Darauf könnten die Stadtverordneten bei der im Herbst anstehenden Überarbeitung der Hauptsatzung Bezug nehmen.

In die neue Hauptsatzung sollten hinsichtlich der Ortsteile folgende Änderungen aufgenommen werden:

– *Neugliederung der Ortsteile gemäß GO § 54 Abs. 1 nach den gebietsmäßigen Prämissen der Einwohnerversammlungen Anfang des Jahres*

– *Bildung von Ortsbeiräten in allen Ortsteilen gemäß GO § 54 Abs. 2*

– *Aufnahme einer Bestimmung in die Hauptsatzung, nach der die Ortsbeiräte gemäß § 54a Abs. 3 über Angelegenheiten zu Instandhaltung und Ausbau von Straßen, Wegen und Plätzen, der Pflege des Ortsbildes und der Ausgestaltung Grünanlagen sowie zu öffentlichen Einrichtungen entscheiden*

– *Aufnahme einer Bestimmung in die Hauptsatzung, nach der den Ortsbeiräten gemäß GO § 54a Abs. 4 Mittel zur Förderung von Vereinen, für Veranstaltungen der Heimatpflege, der Fremdenverkehrsentwicklung sowie für Ehrungen und Jubiläen zur Verfügung gestellt werden*

Verfügungsmittel können die Ortsbeiräte und Ortsbürgermeister bereits jetzt erhalten. Eine Aufnahme in die Hauptsatzung wäre daher nicht zwingend notwendig, hätte aber den Vorteil, daß die Verfügungsmittel nicht bei jeder Haushaltsberatung in Frage gestellt werden könnten. Insbesondere sollten die Stadtverordneten und der Bürgermeister darauf achten, daß künftig der Absatz 1 des § 54a der GO besser umgesetzt wird. Demnach sind Ortsbeirat bzw. Ortsbürgermeister vor der Beschlussfassung u.a. bei Investitionsvorhaben, beim Flächennutzungsplan, bei Bebauungsplänen, bei öffentlichen Einrichtungen, bei der Straßenbenennung sowie bei der Erstellung des Haushaltsplanes anzuhören, wenn es um Angelegenheiten geht, von denen der Ortsteil betroffen ist. Weitere Anhörungsrechte können in der Hauptsatzung festgelegt werden. Überhaupt brauchen die Ortsbeiräte und Ortsbürgermeister bei der Wahrnehmung ihrer Rechte größere Unterstützung. Bisher fehlte das.

Die bestehenden gesetzlichen Regelungen bieten eine Menge Möglichkeiten, die noch lange nicht ausgeschöpft sind. In dem Einwohnervorschlag zum Bürgerhaushalt sind einige davon aufgegriffen worden. Die Diskussion in

Bürgerhaushalt in Eberswalde: Schritt in richtige Richtung

Die Fraktion Grüne/BFB begrüßt die Einführung eines Bürgerhaushaltes in Eberswalde. Dies ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Ziel muß es am Ende sein, den Bürgern nach dem Vorbild anderer Kommunen eine echte Mitsprache- und Entscheidungsmöglichkeit über geplante Investitionen in der Stadt einzuräumen. Dadurch könnten Bürgerbeteiligung und Interesse an der Stadtpolitik aktiv gefördert werden.

Rechtzeitige Informationen und eine verständliche, transparente Darstellung des städtischen Haushaltes sind wichtige Voraussetzungen, um die Bürger in die Haushaltsdiskussion einzubeziehen. Ein Beteiligungszeitraum von 14 Tagen erscheint uns allerdings als viel zu kurz. Investitionsvorschläge von Bürgern könnten bereits ab jetzt gesammelt und zur Auswahl gestellt werden.

Die Stadtverwaltung plant, die Bürger der Stadt zukünftig an der Diskussion des Investitionsplanes zu beteiligen. Dazu soll der Entwurf des Investitionsplanes für 2008 Anfang September diesen Jahres ins Internet gestellt werden. Die Bürger sollen ein Vorschlagsrecht erhalten und bis Mitte September Änderungsvorschläge einbringen können.

ANDREAS FENNERT, Stellv. Vorsitzender der Fraktion Grüne/BFB in der StVV Eberswalde

Reg-Planung erhalten

Der Barnim hat langfristig nur dann Entwicklungschancen, wenn er seine Potentiale mit denen der Uckermark vereint und gemeinsam nutzt. Die Kreistagsfraktion und der Kreisvorstand Barnim der Linkspartei.PDS sehen deshalb in der Stärkung der Regionalen Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim eine wesentliche Voraussetzung für die Entfaltung dieser gemeinsamen industriellen, naturräumlichen und kulturhistorischen Potentiale. Eine Abschaffung dieser Einrichtungen ist für die gemeinsame Entwicklung der Region Nord-Ost-Brandenburg der falsche Weg.

MARGITTA MÄCHTIG, Vorsitzende der Fraktion der PDS im Kreistag Barnim

der jüngsten Stadtverordnetenversammlung zeigte, daß trotz gewisser Vorbehalte die Mehrheit für eine weitere Demokratisierung in der Stadt eintritt. Dabei ist Ungeduld durchaus fehl am Platze, denn die gründliche öffentliche Diskussion stellt schon für sich einen Beitrag dafür dar und ist zugleich Voraussetzung, daß sich daran auch zunehmend die Bürgerinnen und Bürger beteiligen. Die langjährigen Defizite lassen sich nicht einfach mittels Beschluß aus der Welt schaffen. Demokratisierung ist immer ein Entwicklungsprozeß, in dem alle Beteiligten Demokratie lernen und bei dem neue Wege ausgelotet werden.

Von den Zwecken einer Ausstellung

von Rolf Richter

Die Amadeu-Antonio-Stiftung (AAS), 1998 für die Auseinandersetzung mit Rechts-Extremismus und Fremdenfeindlichkeit vor allem unter der Jugend gegründet, genießt mit diesem Auftrag in Eberswalde einen guten Ruf. Relativ neu ist, daß sich die AAS auch mit Geschichtsstudien befaßt (dafür besitzt sie allerdings kein speziell ausgebildetes Personal). Aber im Zusammenhang mit dem Auftreten von Neonazis im Osten und mit antisemitischen Vorfällen hierzulande ist die Frage berechtigt, »woher das kommt«.

Vom 5. bis 26. Mai zeigte die Stiftung im Museum in der Adlerapotheke eine zuvor in Berlin präsentierte Ausstellung, die den provozierend gemeinten Titel trägt: »Das hat's bei uns nicht gegeben. Antisemitismus in der DDR.« Zur Eberswalder Premiere hatten sich Vertreter der Stiftung eingefunden, Anetta Kahane (Stiftungsratsvorsitzende) und Heike Radvan (Ausstellungsleiterin), außerdem Schüler und Lehrer des Eberswalder Projektteils (der die regionale Publizistik zum Libanon-Krieg 1982 betraf). Ein »Aktionstag« am 24. Mai begleitete die Ausstellung durch Vorträge. So berichtete ein Journalist für die AAS über die Situation unter Fußballfans, und Dr. Th. Haury sprach über »AntiZionismus von links«.

Unabhängig davon veranstaltete das Geschichtswissenschaftliche Institut Eberswalde am 22. Mai einen Vortragsabend mit dem ausgewiesenen Faschismusforscher Prof. Kurt Pätzold, um auch eine andere Sicht auf dieses Thema zu ermöglichen. Sein Vortrag trug den Titel »Antisemitismus – mit oder ohne Fragezeichen« und betraf vor allem die Aktivitäten gegen Antisemitismus in der DDR.

Die Ausstellung

Beabsichtigt war ursprünglich, folgendes Thema als eine Art Leitmotiv der Ausstellung zu verwenden: »Jüdische Emigranten kehren zurück; hier sollen Biografien von Juden vorgestellt werden, die in die DDR zurückkehrten; [...] ihre Rolle in der SBZ bzw. der DDR und Funktionen, die von ihnen übernommen wurden. Die vorgestellten Personen werden fortlaufend in den einzelnen thematischen Tafeln wieder aufgerufen.« Das wurde nicht realisiert. Die nun angebotene Ausstellung besteht im wesentlichen aus folgenden inhaltlichen Komplexen:

a) Chronologisch geordnete Auswahl antisemitischer und neofaschistischer Vorfälle in der SBZ/DDR zwischen 1946 und 1989; Beispiele für Auffassung, Verlegung bzw. mehrfache Schändung jüdischer Friedhöfe in der DDR; für antisemitische Äußerungen von POS-Schülern; für einige krasse Fälle neofaschistischer und antisemitischer Aktivitäten und Organisationsversuche (Stralsund 1988, Wölgast und Ahlbeck, Sept. 1989) nach den Akten des

MfS, einschließlich der Tätigkeit der Untersuchungsorgane sorgfältig und sachlich beschrieben.

b) Zwei Beispiele zur Gedenkkultur speziell für die jüdischen Opfer des Faschismus (KZ-Außenlager Retzow, Außenlager Jamlitz bei Lieberose), hier mit dem Vorwurf, die jüdische Identität der Ermordeten sei nicht gekennzeichnet worden und der Umgang mit den Gräbern bzw. Gebeinen pietätlos gewesen.

Schwerer wiegt der Versuch, die Entnahme von Zähnen und Zahnprothesen durch die Untersuchungsbehörden zu dem Vorgehen der deutschen Faschisten in Parallele zu setzen, wie die Überschrift der Tafel »Zahngold« deutlich macht.

c) Die Politik der DDR im Nahostkonflikt, ihre Unterstützung der arabischen Staaten und der Palästinenser und die Widerspiegelung dieser Haltung in der DDR-Presse.

Hier wird ernsthaft versucht, der DDR-Politik Antisemitismus zu unterstellen, indem Antizionismus in verkappten Antisemitismus interpretiert wird. Die Allianz Israels mit den Westmächten wird nicht als ein Kausalfaktor der weiteren Entwicklung benannt und schon gar nicht der Suezüberfall Israels 1956 nach der Nationalisierung des Suezkanals, der die Haltung der sozialistischen Länder für lange Zeit mitbestimmt hat.

d) Schließlich das Verhältnis der DDR-Führung zu den jüdischen Gemeinden in der DDR und ihre Politik gegenüber Israel in den achtziger Jahren. Erwähnt werden die »Konzeption zur weiteren Unterstützung der Tätigkeit der jüdischen Gemeinden in der DDR« (1981) und deren »vielfältige Förderung«, republikweites Gedenken an den 50. Jahrestag der Pogromnacht, Wiederaufbau der Berliner Synagoge, Centrum Judaicum, Kontaktsuche zu Israel – bei all dem wird nur politische Opportunität und ökonomisches Interesse als Motiv gesehen (die es sicher gegeben hat). Wieder wird der historische Kontext völlig ausgeblendet (Ent-

spannungspolitik, Grundlagenvertrag, Anerkennung der DDR, UNO-Mitgliedschaft, Kampf gegen die Raketenstationierung). Auch das veränderte Verhältnis zur »Kirche in der DDR« – irrelevant für die Beziehungen zu den jüdischen Gemeinden?

Völlig unterbelichtet bleibt in der Ausstellung, was die Schule in der DDR gegen Antisemitismus geleistet hat. Da gab es nicht viel, behaupten die Autoren ohne ausreichende Quellenauswertung. Siehe hierzu das neue Buch von M. Krauß /1/.

Zur Methode der Autoren

Das Ziel, die DDR als »im Grunde« antisemitisch zu entlarven und damit in einem wesentlichen Punkt ihren antifaschistischen Charakter in Frage zu stellen, ist unübersehbar. Dazu eignet sich am besten der Nahostkonflikt, vor allem, wenn man alle historischen Zusammenhänge wegläßt, die Politik Israels ausklammert und jede Kritik daran als antisemitisch wertet. Nicht nur Lüge und Verdrehung ist Fälschung. Weglassen wichtiger Zusammenhänge kann sogar die erfolgreichere, weil unauffälligere Fälschungsmethode sein. Und weggelassen wird eben alles, was der Antisemitismusthese der Autoren widersprechen könnte, Komplikationen im Kalten Krieg, mögliche alternative Motive statt der von den Autoren unterstellten, die Anstrengungen in der DDR zur Aufklärung über die Judenverfolgung und zum Kampf gegen Antisemitismus.

Es sei betont, daß die Dokumentation antisemitischer Vorkommnisse in der DDR, über die hierzulande geschwiegen wurde, verdienstvoll ist. Sprechen müssen wir wenigstens heute darüber wie über weitere recherchierte Fakten. Viele Interpretationen verdienen aber Kritik, vor allem die Verfälschung von Antizionismus in Antisemitismus. (Wird fortgesetzt)

/1/ Krauß, Matthias: Völkermord statt Holocaust. Anderbeck 2007; untersucht die Darstellung der Judenverfolgung im DDR-Literaturunterricht.

Erich-Schuppan-Straße offiziell benannt

Eberswalde (bbp). Am Vormittag des 13. Mai erhielt der südliche Teil der Straße »An der Friedensbrücke« offiziell den Namen des Eberswalder Ehrenbürgers Erich Schuppan. Zuvor fand in der Maria-Magdalenen-Kirche ein Gottesdienst statt, mit dem an den 2006 verstorbenen Generalsuperintendenten erinnert wurde. Die kontroversen Diskussionen der vergangenen Monate (vgl. BBP 11/2006 und 3/2007) fanden bei der feierlichen Enthüllung des Straßenschildes, an dem neben Bürgermeister Friedhelm Boginski und Pfarrer Hanns-Peter Giering auch Familienangehörige des Verstorbenen teilnahmen, keine Erwähnung mehr.

Ursprünglich sollte die Straße nach dem Stadthistoriker Rudolf Schmidt benannt werden. Nachdem in der Bürgerpost auf dessen Nazi-Verstrickung hingewiesen worden war, ließ man diese Idee rasch fallen und zog auf die Schnelle den Namen Erich Schuppan aus dem Ärmel.

Dabei fiel der Umbenennungsbeschluß im städtischen Hauptausschuß, obwohl laut Gemeindeordnung dafür die Stadtverordnetenversammlung zuständig ist. Wie seitens der Stadtverwaltung verlautete, sollen künftig keine Straßen mehr durch den Hauptausschuß benannt werden. Zu diesem Zweck soll im Herbst die Hauptsatzung neu gefaßt werden.

Die Antisemitismus-Lüge

– oder wie man ein ganzes Volk kriminalisiert

Ganz ehrlich mal: Ist diese Veranstaltung nicht reichlich kontraproduktiv? Da es in der DDR nicht die Lebensbedingungen gab, unter denen Juden gerne leben wollten, siedelten die Überlebenden der Verfolgungszeit – soweit nicht nach Israel gehend – lieber in den nichtsowjetischen Besatzungszonen. Ein DDR-Bürger wie Du und ich hatten also höchst unwahrscheinlich persönliche Begegnungen mit jüdischem Leben. Juden waren für uns Schüler nur tote Texte aus Geschichtsbüchern. DDR-Geschichtsbücher waren jedoch kaum so geschrieben, daß man damit in Jugendlichen Emotionen wecken konnte. Jedenfalls keine antisemitischen Emotionen. Die Alten – falls mit Dreck am Stecken – schwiegen über die Vergangenheit mit jüdischem Kontakt. Die Jungen hatten außer zu dem Unrecht der Hitlerzeit, welches wohl niemand ernsthaft bestritt, keinen Bezug und auch keinen Gesprächsbedarf zum Thema Judentum oder Antisemitismus. Oder kannst Du Dich an solche spontan aufkommenden Gespräche jenseits vom Geschichtsunterricht erinnern?

Aus einer völligen Interesslosigkeit kippt man aber nicht auf verwilderten Friedhöfen (wo es sowieso niemand sieht und man also auch keinen zweifelhaften Ruhm mit solcher Heldentat ernten kann) Grabsteine um. Und man geht auch nicht aus durchschnittlichem Desinteresse an Politik in Berliner Kirchen, um die dort versammelten Besucher eines Punk-Konzertes unter DDR-Polizeischutz zu verprügeln. Dafür bräuchte man schon mal ein Motiv – und auch einen Draht zu den Sicherheitsorganen wegen deren erforderlicher Duldung der Handlungen. Immerhin war es Herbst 1989 und jede seltsame Kirchenveranstaltung wurde von Zivilisten mit gebeulter Brusttasche im Standard-Anorak und erkennbaren Posten in Uniform mindestens gründlich beobachtet. Ich habe die Gedächtnisprotokolle von 7. und 8. Oktober 1989 und im Internet einen Link zu den inszenierten Krawallen von Genua 2002. Danach ahnt man, woher es plötzlich zu solchen Gewaltorgien kommt und auch, wer daran Schuld hat. Antisemitismus wurde auch in Genua geschauspielert (www.psverlag.de/artikel/filme.html).

Palästina war Teil des kalten Krieges. Die offizielle Haltung der DDR zum Konflikt dort war nach meiner Kenntnis nicht einmal falsch. Ob Waffengeschäfte der KoKo (Nebengewerbe der Stasi) diese Haltung nach Kräften mißbrauchten, kann ich nur vermuten. Dann aber standen Deviseneinnahmen und nicht Antisemitismus auf der bössartigen Motivliste.

Wer unterstellt, die DDR hätte mangelhaft Wissen über die Judenvernichtung verbreitet, muß anderswo aufgewachsen sein. Mir ist bisher keine Wissenlücke aufgefallen, die erst mit Hilfe von BRD-Medien oder dem Zentralrat

der Juden hatte geschlossen werden können. Da bei uns Anwesenheit im Unterricht wesentlich strenger verordnet wurde, hatten selbst Leute mit weniger Appetit auf Geschichte der Hitlerzeit schlechte Karten. An dem Thema kam niemand vorbei. Und im Vergleich zu Antike und Mittelalter hatte dieser Abschnitt eindeutig Primat. Besuche in KZs waren ebenso wie Vorträge von VVN-Veteranen und sonstigen Zeitzeugen normales Programm. Wären in Eberswalde Juden gewesen, dann hätte man die wohl auch in den Unterricht gebeten. So, wie ich meine Lehrer einschätze, hätten die damit kein Problem gehabt...

Eine Frage wird besser durch Erweiterung: Gab es jüdische, katholische und evangelische Gemeinden, erhielten sie staatliche Unterstützung oder durfte man sich nicht zu ihnen bekennen? Wer sich besinnt und damals Kontakte zu irgendeinem religiösen Umfeld hatte, weiß über die Licht- und Schattenseiten der staatlichen Haltung zur Religion Bescheid. Es gab sicher Gedenktafeln für zerstörte Kirchen und Synagogen, es gab staatliche Würdigung für verhaftete bekennende Pfarrer und Rabbis. Offiziell war der Besuch von Tempeln aller Art zulässig. Allerdings mußten bekennende Anhänger nichtmarxistischer Prägung mit beruflichen Nachteilen rechnen bzw. ihre Kinder per Abendschule zum Abitur bringen, wurden bespitzelt und aus gewählten Funktionen von Vereinen und Organisationen abgesetzt. Ich habe das selbst erlebt, als mich meine Klasse in einer spannenden Kampfscheidung (die so Anfang der 80er Jahre wegen so eines lästigen Postens niemand erwartet hätte) gerade zum Klassensprecher der FDJ-Grundorganisation wählte. Am nächsten Tag wurde ich im Direktorenzimmer über meine christliche Befangenheit aufgeklärt und aus dem neuen Posten verabschiedet. Das war meine erste Erfahrung mit Wahlen und Demokratie... Ich nehme an, daß auch jüdische Gemeinden in der DDR Erfahrungen dieser Art machten. Ist das antisemitisch oder eher totalitär gesinnungsschnüffelnd und kontrollsüchtig? ...

Ich befürworte grundsätzlich Beschäftigung mit jüdischer Kultur, Geschichte und Religion. Ein Antideutsch*-Vortrag, den ich am Programm zu erkennen glaube, wird leider eher Gegenpositionen fördern und am Ende tatsächlich Antisemitismus erzeugen. Wer wirklich gegen Rassismus und Glaubenszwang ist, wird keine Sonderbehandlung für ein einziges Volk oder eine Religion fordern. Weder für das eigene noch für irgendein anderes...

PETER SPANGENBERG

* Bei den »Antideutschen« handelt es sich um eine Ideologierichtung, die ursprünglich zur Linken in der BRD gezählt wurde und die sich u.a. um die Zeitschriften »Bahamas« und teilw. »Jungle World« gruppiert.

Der vollständige Artikel kann unter www.psverlag.de/artikel und im BBP-Forum nachgelesen werden.

Antisemitismus-Ausstellung: Lesen und nachdenken!

Die Aussagen in der Ausstellung im Museum Eberswalde »Das hat's bei uns nicht gegeben« zum Antisemitismus in der DDR werfen eine ganze Reihe von Fragen auf. Anlaß für das GWI Eberswalde, Professor Kurt Pätzold, international bekannt als Forscher auf dem Fachgebiet des Faschismus, zu einer Diskussion »Antisemitismus in der DDR – mit oder ohne Fragezeichen?« einzuladen.

Zu Beginn erläuterte Professor Pätzold, wie Begegnungen mit Juden, während und nach dem Krieg, ihn beeinflussten und seine Arbeit als Wissenschaftler prägten. Anschließend wies er anhand kultureller Leistungen, insbesondere einiger bekannter Filme und Bücher, nach, daß in der DDR eine intensive Auseinandersetzung mit dem Faschismus, auch zur Schuld und zur Verstrickung des deutschen Volkes erfolgte. Dennoch gab es vereinzelt Schändungen von jüdischen Friedhöfen oder Denkmälern. Er bedauerte, daß man dies nicht zum Anlaß nahm, die geistige Auseinandersetzung mit solchen Tätern, der dahinter stehenden geistigen Haltung zu vertiefen, sondern nur bestrafte und die Ereignisse »unter den Teppich zu kehren versuchte«. Er bekannte sich zu rechtzeitiger und gezielter Erziehung von jungen Menschen in dieser Frage, wie auch im Umgang mit Menschen mit anderen Religionen oder Behinderungen.

Professor Pätzold wies auch darauf hin, daß man die Judenverfolgung im Faschismus nicht isoliert, als Selbstzweck sehen darf, sondern eingebettet in die Rassenideologie des Faschismus. Zu bedenken ist auch, daß eine Untersuchung vor einigen Jahren zu dem Ergebnis kam, daß sich 15 Prozent der Befragten aus den alten Bundesländern und 4 Prozent in den neuen, zum Antisemitismus bekannten.

Von den Schülern wurde eine sehr umfassende Arbeit geleistet. Aber die Anleiter haben es beim Zusammenhangswissen fehlen lassen. So z. B. bei der Darstellung zu Buchenwald: Schon von Beginn an hätte man beim Gedenken die Juden unterschlagen, denn zum Appell nach der Befreiung seien nur die Fahnen von 21 Staaten, aus denen die Opfer stammten, aufgezogen worden, aber keine jüdische. Doch zu jenem Zeitpunkt gab es noch gar keinen Staat Israel. Außerdem fühlten sich auch die überlebenden Juden als Staatsbürger ihres Landes. Auch wird in der Ausstellung sehr wenig der Unterschied zwischen Menschen jüdischen Glaubens und dem Staat Israel herausgestellt, was für die Wertung bei kriegerischen Handlungen von entscheidender Bedeutung ist. Nebenbei, in Israel wohnen nicht nur Juden, sondern beinahe die Hälfte der Israelis sind Moslems.

Wer also diese Ausstellung betrachtet, ist gut beraten, genau zu lesen und nachzudenken.

KURT BERUS, GWI Eberswalde

Zweifel am Bürgerinteresse?

Der zur StVV am 24. Mai auf der Tagesordnung stehende Punkt »Bürgerhaushalt« kam nun doch nicht zur Behandlung. Nach anfänglich positiver Diskussion in seiner Sitzung am 18. April konnte sich der Finanzausschuß dann nicht entschließen, ob er der Vorlage der Verwaltung zur Arbeit mit einem Bürgerhaushalt die Zustimmung geben sollte. Bürgermeister Boginski, der den Bürgerhaushalt als Möglichkeit zu mehr Beteiligung bezeichnete, zog darauf die Vorlage zurück, um eine Ablehnung der Vorlage durch den Ausschuß zu vermeiden.

Es war vor allem Fred Sponner, der PDS-Vertreter im Ausschuß, der infrage stellte, ob der Bürgerhaushalt überhaupt dem allgemeinen Bürgerinteresse entspreche, oder nur der Wunsch von vier Leuten wäre. Ich darf daran erinnern, daß der von mir vorgetragene Vorschlag des Bürgerhaushaltes vom Bündnis für ein demokratisches Eberswalde stammte, dessen Beteiligung in den Einwohnerfragestunden nicht mehr erlaubt wird. Wenn also die Frage steht, wie viele Eberswalder Bürger hinter diesem Vorschlag stehen, dann denken Sie bitte an die 18,7 Prozent der Stimmen, die das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde für seinen Bürgermeisterkandidaten Hartwin Schulz erhalten hat. Aber auch die Wähler von Herrn Boginski dürfen Sie hinzurechnen, denn auch er hat im Wahlkampf damit geworben, die Bürgerinnen und Bürger von Eberswalde von »Regierten zu Beteiligten« zu machen.

Vielleicht hat Herr Sponner den Entwurf des Wahlprogramms seiner eigenen Partei für die Bürgermeisterwahl nicht gelesen, in dem es hieß, es gelte »die Haushaltspolitik als Kernbereich kommunaler Entscheidungsprozesse durch schrittweise Einführung eines Bürgerhaushaltes für die gesellschaftliche Teilhabe zu erschließen«. Da hat sicher auch die PDS den Bürgerhaushalt als Umsetzung des Bürgerwillens gesehen.

Herr Trill meinte, es brauche den Bürgerhaushalt eigentlich nicht, weil er und seine Fraktion im engsten Kontakt mit den Bürgern wären. Aber man könne ja mal testen, ob man damit etwas erreichen könne.

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Vorschlag des Bürgerhaushalts schlechte Karten hat, weil er nicht von der richtigen Seite kommt. Ich schlage vor und appelliere an Sie, sehr verehrte Damen und Herren Stadtverordnete, eine qualifizierte Vorlage für den Bürgerhaushalt in der nächsten StVV am 21. Juni auf die Tagesordnung zu setzen und zu beschließen. Nur dann kann es bereits für 2008 den ersten Schritt zum Bürgerhaushalt, nämlich zum Investitionsplan 2008, geben.

Seien Sie sich bitte auch dessen bewußt, daß es nicht nur darum geht, zu einem Planteil des Haushaltes eine unmittelbare Bürgerbeteiligung zu ermöglichen, sondern darum, der fortschreitenden Politikverdrossenheit und Entfremdung der Bürger von der kommunalen Selbstverwaltung zu begegnen.

OTTO BAAZ

Splitter aus dem Stadtparlament

Beifallbekundungen sind nicht erlaubt«, klärte StVV-Vorsitzender Köhle die zahlreichen Einwohner auf, die zur StVV am 24. Mai erschienen waren. Sie hatten sich erlaubt, die Einwohnerfrage von Roswitha Ludwig zu beklatschen. Der geplante Ausbau des Eichwerder Rings hatte der StVV reichlichen Besuch beschert, und Frau Ludwig sprach den Gästen aus dem Herzen. Als das Publikum unwillig reagierte, erklärte Herr Köhle, er habe hier die Gemeindeordnung durchzusetzen. Warum der Beifall sogleich eine Ermahnung nach sich ziehen mußte, war nicht nur für die Gäste unverständlich. Bei Eröffnung der Sitzung hatte Herr Köhle die zahlreiche Einwohnerschaft herzlich begrüßt und das wachsende Interesse gelobt. Dabei war ihm sehr wohl bewußt, daß es sich bei den Besuchern vorwiegend um die Anlieger des Eichwerder Rings handelte, die Entscheidungen zu ihrem Nachteil verhindern wollten.

In der Fragestunde der Abgeordneten meldete sich Dr. Spangenberg zu Wort: Er wollte darüber sprechen, daß das Wandgemälde am Giebel der Eisenbahnstraße 46 (mit Motiven des Kupferhammers und des alten Walzwerkes) gefährdet sei und seine Fraktion Denkmalschutz beantragt hat. Sofort wurde er vom Vorsitzenden Köhle unterbrochen. Dies wäre eine nichtöffentliche Angelegenheit. Was war daran nichtöffentlich? Proteste aus dem Saal bewirkten Beratungen am Präsidiumstisch und danach eine Unterbrechung der öffentlichen

Sitzung. Über das Ergebnis der Beratung wurde in der öffentlichen Sitzung nichts mitgeteilt.

Im gleichen Tagesordnungspunkt machte ich Idarauf aufmerksam, daß in der Einladung nicht immer alle Tagesordnungspunkte hinreichend eindeutig bezeichnet sind. Auch Eilentscheidungen, im öffentlichen wie im nichtöffentlichen Teil müßten den Gegenstand der Entscheidungen klar erkennen lassen. Eilentscheidungen sind bereits getroffene Entscheidungen, die durch die StVV zu genehmigen sind. Zusätzliche Tagesordnungspunkte gehören nicht in diese Rubrik. Entgegen dieser Festlegung gefaßte Beschlüsse wären ungültig. Hintergrund war die Vermutung, daß zum Wandbild an der Eisenbahnstraße 46 im nichtöffentlichen Teil der Sitzung beraten werden solle.

Unter dem Tagesordnungspunkt »Informationen aus der Verwaltung« gab der Bürgermeister ein weiteres Mal einen Bericht über seine Arbeit seit der letzten StVV. Diese löbliche Verfahrensweise ist der Tagesordnung jedoch nicht hinreichend klar zu entnehmen. Daß Informationen aus der Verwaltung dann auch noch ein Bericht der Polizei über die Kriminalitätsentwicklung gegeben wurde, dürfte den Anforderungen an die Aufstellung der Tagesordnung nicht genügen.

Auch nach diesem Bericht gab es allgemeinen Beifall. Diesmal sah der Vorsitzende Köhle keinen Anlaß zur Ermahnung!

ALBRECHT TRILLER

Transparenz in der Warteschleife

Es war am 22. Februar, also vor drei Monaten, als ich in der Stadtverordnetenversammlung eine Erklärung des Bündnisses zum Thema Transparenz in kommunalen Unternehmen abgegeben habe.

Nach wiederholtem Anlauf der StVV zur Beratung und Beschlußfassung über dieses Thema (mit Vorlage der Allianz freier Wähler) schien es so, als sollte an diesem Tag eine SPD-Vorlage zu diesem Thema beschlossen werden. Transparenz in kommunalen Betrieben – das wäre ein Baustein in einer Politik der Beteiligung der Bürger an der kommunalen Selbstverwaltung gewesen, wie auch der vom Bündnis für ein demokratisches Eberswalde vorgeschlagene Bürgerhaushalt.

Doch es kam nicht zum Beschluß über die Transparenz. Erst sollte eine Stellungnahme der Kommunalaufsicht eingeholt werden. Es war insbesondere die PDS, die »rechtliche Bedenken« hatte, obwohl in gleicher Sache der Verwaltungsgerichtshof Bayern zweitinstanzlich schon einmal entschieden hatte.

Nun gut, könnte man sagen. Dann soll eben die Kommunalaufsicht noch einmal prüfen. Aber seither ist nun auch schon wieder ein Vierteljahr vergangen. Ein Schlingel, wer nun glaubt, daß eine Entscheidung gar nicht ge-

wollt ist. Wollen die Stadtverordneten das Thema bis nach den Kommunalwahlen 2008 verschieben?

Deshalb habe ich in der StVV am 24.5. nachgefragt, ob inzwischen die Kommunalaufsicht Stellung genommen hat und wie lange die Stadtverordnetenversammlung noch warten will. Warum wollen die Stadtverordneten die Kommunalaufsicht überhaupt noch befragen, wenn der Transparenzbeschluß in Bayern bereits umgesetzt wird? Auch in Eberswalde haben kommunale Unternehmen schon öffentliche Sitzungen durchgeführt.

Die Stadtverwaltung antwortete, daß die Kommunalaufsicht in der 23. Kalenderwoche eine Stellungnahme abgeben würde. Auf die Stellungnahme darf man gespannt sein. Die lange Bearbeitungszeit läßt eher nichts Gutes erwarten. Richtig spannend wird es dann, wenn keine positive Stellungnahme kommt. Will die Stadtverordnetenversammlung dann das Thema Transparenz in kommunalen Unternehmen zu den Akten legen? Soll dann auch in Eberswalde der Weg zur Transparenz über ein Bürgerbegehren und die Verwaltungsgerichte führen?

BERND POMRAENKE,

(Einwohnerfragestunde in der StVV am 24. Mai)

100 mal auf der Straße

Die stehen ja immer noch hier! Bringt doch sowieso nichts! Wir können doch nicht aufhören, sonst treiben es die Regierenden noch toller! Mehr Leute bringen die wohl auch nicht mehr zusammen. Die sollen arbeiten gehen, statt hier herumzustehen. Wer Arbeit sucht findet auch welche. Die haben Mut und Ausdauer.

Solche und ähnliche Meinungen gibt es über die Montagsdemos nicht nur in Eberswalde. Die Gesellschaft ist gespalten. In eine kleine Oberschicht, eine große Mittelschicht und eine wachsende Unterschicht – das »Präkariat«. Es ist eine ganz gewöhnliche kapitalistische Gesellschaft. Die Reichen werden immer reicher. Die den Reichtum erarbeiten, werden immer rücksichtsloser ausgebeutet. Das Heer der Arbeitslosen zwingt die Lohnabhängigen, das Letzte zu geben. Wer aufmuckt, wird gefeuert.

Ausgerechnet eine SPD-geführte Regierung startete den Großangriff auf diejenigen, die schon nichts haben und verschlechterte ihre Lebenslage durch Hartz IV und die weiteren »Sozialreformen«. Das war der Initialzündler der Montagsdemos in Deutschland, beginnend in Magdeburg und dann ab 23. August 2004 auch in Eberswalde. Etwa 1.200 Menschen folgten dem Aufruf zur ersten Montagsdemo in Eberswalde. Die Aufrufer: Martin Appel (Pfarrer in Finow), Bündnis für den Frieden Eberswalde/attac, DGB Region Uckermark/Barnim, Ute Frey, Bernd Pomraenke, Albrecht Triller (Ortsbürgermeister Finow), Volkssolidarität Barnim, u.a.

Seither fanden in Eberswalde 100 Montagsdemonstrationen statt. Bis zum Jahresende 2004 waren es jedes Mal noch über hundert Demonstranten, nach einem Jahr fünfzig bis sechzig, nach zwei Jahren dreißig bis vierzig. Nun – nach fast drei Jahren wurden noch rund zwanzig Demonstranten gezählt. Das Ziel ist nicht erreicht, Widerstand nur noch dringender geworden. Aber vielleicht schaden zwanzig Demonstranten dem Anliegen der Montagsdemos mehr als sie nutzen. Deshalb entschied die Eberswalder Montagsdemo, keine turnusmäßigen Demos mehr durchzuführen.

Die hundertste Montagsdemo am 29. Mai 2007 war also die vorerst letzte. Auf dem Potsdamer Platz zogen die Montagsdemonstranten Bilanz und bekräftigten ihre unveränderte Forderung, daß die Hartz-Gesetze fallen müssen.

Die Teilnehmer der Demo sind auch jetzt nicht willens auseinander zu gehen. Die Eberswalder Montagsdemo wird bleiben – als Organisation. Es wird an jedem ersten Montag im Monat ein Treffen der Montagsdemonstranten geben – wenn es die Situation sinnvoll erscheinen läßt, auch auf der Straße. Die Eberswalder Montagsdemo hat sich schon geraume Zeit auf

anderen Feldern politisch betätigt und wird dies künftig noch stärker tun.

Auch Protestbewegungen haben ihre Zeit und ihre Eigendynamik. Widerstand ist nicht unendlich durchzuhalten. Aber ungelöste Probleme werden wieder neuen Widerstand hervorbringen. Die Kräfte und vor allem die Erfahrungen der Eberswalder Montagsdemo werden auch wieder gebraucht werden.

ALBRECHT TRILLER



Montagsdemo im Mai

Eberswalde (em). Natürlich wurde die turnusmäßige Montagsdemo nicht am 30. April durchgeführt, sondern auf den Ersten Mai verlegt. Rund 30 Montagsdemonstranten waren beim traditionellen Umzug dabei. Das große Transparent ist zwar schon stark verschlissen, aber die Losung »Statt sparen bei den Armen – streichen bei den Reichen« hat von ihrer Aktualität nichts eingebüßt.

Auf dem Marktplatz präsentierte sich die Eberswalder Montagsdemo mit einem Stand in unmittelbarer Nachbarschaft zum Bündnis für den Frieden und dem Bündnis für ein demokratisches Eberswalde, mit denen sie durch eine enge Zusammenarbeit verbunden ist. Schon im Hinblick auf die 100. Montagsdemo wurde mit Bild und Text ein Überblick über die Zeit der Montagsdemos in Eberswalde gegeben. Am Infostand sammelten die Montagsdemonstranten Unterschriften für ein landesweites Sozialticket und verteilten Handzettel mit dem Aufruf zur Teilnahme an der Demonstration gegen den G8-Gipfel in Rostock am 2. Juni.

Zur 99. Eberswalder Montagsdemo am 14. Mai fanden sich 18 Leute auf dem Marktplatz zusammen. »G 8 – wir kommen« hieß das Motto, unter dem über den Stand der Vorbereitung der geplanten Fahrt nach Rostock gesprochen wurde. Weiteres Thema war die weitere Arbeit nach der vorerst letzten – der hundertsten – Demo am 29. Mai. Verabredet wurde, sich jeden ersten Montag im Monat um 16.30 Uhr zu treffen, das erste Mal am 2. Juli unter der Linde am Löwenbrunnen.

Die 100. Montagsdemo fand dann am 29. Mai auf dem Potsdamer Platz stand. Albrecht Triller zog eine kurze Bilanz der hundert Demos. Am offenen Mikro brachten einige Montagsdemonstranten ihre Meinungen und Gefühle zum vorläufigen Abschluß der Montagsdemo zum Ausdruck. Im Anschluß an die Demo saßen die Montagsdemonstranten noch besinnlich und gesellig im »Bonhoeffer-Haus« zusammen.

Bündnis »Soziale Bewegung Land Brandenburg« tagte in Eberswalde

Eberswalde (em). Die Vertreter aus 10 Städten des Landes Brandenburg, die sich zum Bündnis Soziale Bewegung Land Brandenburg zusammen geschlossen haben, trafen sich am 19. Mai in Finow zu ihrem 11. Regionaltreffen. Während der Beratung wurde kritisch festgestellt, daß die Montagsdemos auf der Straße schwächer werden. Trotzdem gibt es die Montagsdemos immer noch. Wenn auch nicht in allen Mitgliedsstädten noch regelmäßige Demos stattfinden, so haben sich doch überall feste Kerne gebildet, die sich neben den Aktionen auf der Straße noch anderen Feldern der politischen Arbeit zuwenden. In Anbetracht der

Kommunalwahlen 2008 in Brandenburg beschäftigen sich Montagsdemonstranten in mehreren Städten mit der Frage, ob sie mit eigenen Kandidaten zur Wahl antreten. Fast überall bringen sich die Montagsdemonstranten schon jetzt in die Kommunalparlamente mit Einwohnerfragen und durch Teilnahme an Ausschußsitzungen ein.

Die Beratung des Bündnisses SBB beschäftigte sich neben der Analyse der eigenen Arbeit mit der Vorbereitung einer gemeinsamen Demo in der Stadt Brandenburg am 30. Juni 2007. Weiterer Punkt war die Teilnahme an den Protestaktionen gegen den G8-Gipfel.

Damit von der Beratung auch sofort etwas nach außen dringt, unterbrachen die Teilnehmer am Mittag ihre Beratung und formierten sich zu einer Demo von der Begegnungsstätte der Volkssolidarität in der Finower Bahnhofstraße zum Kleinen Stern und zurück. Mit Unterstützung durch einige Eberswalder Montagsdemonstranten nahmen 35 Leute an der Demo teil. Vor Kaufland boten 5 Demonstranten ein Rollenspiel zur Charakterisierung der Globalisierung und der Rolle der G8.

Am Rande der Tagung informierte Eberswalder Montagsdemo mit vielen Bildtafeln und Texten über ihre fast dreijährige Arbeit.

In der Märkischen Allgemeinen Zeitung (MAZ) vom 18. Mai 2007 wurde unter der Überschrift »Sozialticket und Einschulungsgeld – Hilfsprogramm für Bedürftige« darüber informiert, daß der Kreistag Lübben am 16. Mai 2007 beschlossen hat, zum nächstmöglichen Zeitpunkt ein Sozialticket einzurichten. Außerdem bekommen Langzeitarbeitslose für ihre Kinder 80 Euro Einschulungsgeld zum neuen Schuljahr. Arbeitslose, bedürftige Rentner und Asylbewerber können die Tages-, Wochen- und Monatskarten für Busse zum halben Preis erwerben. Auf Vorschlag des Landrates Martin Wille wurde noch mit aufgenommen, daß das auch für Einzelfahrscheine gilt. Ein Bravo für Lübben!

Die MAZ stellt fest, daß damit »der Kreis Vorreiter im Land« ist. Das verdient Anerkennung und Nachahmung. Den BBP-Lesern ist bekannt, daß zur Zeit eine landesweite Unterschriftensammlung läuft, die die Einführung des Sozialtickets im Land Brandenburg zum Inhalt hat. Das Thema Sozialticket ist indes nicht neu. Als im Jahre 1998 die Arbeitslosenproteste von Frankreich nach Deutschland überschwappten, kam es auch in Eberswalde zu Arbeitslosendemos. Am 5. März 1998 zogen ca. 700 Arbeitslose zum Landratsamt und überbrachten ihre Forderungen, darunter auch die nach Einrichtung eines Sozialtickets. Als »Geste des guten Willens« bzw. um etwas Luft

Freiheit braucht Mobilität

Eberswalder Montagsdemo kämpft um Sozialticket

aus der Protestbewegung zu nehmen, erklärte der stellvertretende Landrat Schmidt, daß »ein Sozialticket in sechs bis acht Wochen machbar« sei. Dieses Sozialticket gab es dann bis zum 28. Februar 2006. Auch in Berlin war das Sozialticket erkämpft worden und wird mit Unterbrechungen bis heute gewährt.

Die Streichung des Sozialtickets im Barnim durch den Landkreis war 2006 Gegenstand mehrerer Aktionen der Eberswalder Montagsdemo. Die Montagsdemonstranten schrieben einen offenen Brief an den Landrat und suchten ihn in seinem Büro auf. Das Sozialticket war Gegenstand mehrerer Montagsdemonstrationen mit Busstops und organisiertem »Schwarzfahren«. Montagsdemonstranten traten vor dem Kreistag und der Stadtverordnetenversammlung auf. Es wurden Gespräche zu den politischen Parteien gesucht. Auch ein Gespräch mit dem Geschäftsführer der Barnimer Busgesellschaft fand statt, gleichfalls ohne Erfolg. Die Wiedereinführung des Sozialtickets war ferner ein Thema im Wahlkampf des Bürgermeisterkandidaten Hartwin Schulz.

Zuletzt am 5. Mai 2007 wandte sich die Eberswalder Montagsdemo nochmals an den

Eberswalder Bürgermeister und an den Landrat, sich für ein Sozialticket einzusetzen. Anlaß dafür war die Ankündigung erneuter Fahrpreissteigerungen ab 1. April 2007, nachdem schon im Juli 2006 die Preise gestiegen waren. In Verbindung mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer, steigenden Energiekosten, Wasser-/Abwasserpreisen und allgemeinen Preissteigerungen nehmen die derzeitigen Buspreise den Hartz IV-Betroffenen die Möglichkeit der Busnutzung und damit die Mobilität. Aber der Bürgermeister verwies nur auf die Verantwortung des Landkreises für den ÖPNV und der Landrat versteckte sich hinter Finanzproblemen und dem Kreistag. Dabei demonstrieren Stadt und Landkreis im Zentrum von Eberswalde, daß Geld für die genehmen Projekte reichlich vorhanden ist.

Der Kampf um ein Sozialticket wird weitergehen. Die Eberswalder Montagsdemo wird sich an der Unterschriftensammlung für ein Brandenburger Sozialticket beteiligen und den Politikern weiter auf die Füße treten. Dazu werden die Kommunalwahlen 2008 wieder reichlich Gelegenheit geben.

Eberswalder Montagsdemo

Ein Montagsdemonstrant als Bürgermeisterkandidat

Es war kein Zufall, daß der Finower Pfarrer Martin Appel zu den Aufrufern der ersten Montagsdemo in Eberswalde gehörte. Sein Engagement für soziale Gerechtigkeit und sein Wissen um die Situation der Hartz IV-Betroffenen verlangten nach dieser Konsequenz. Deshalb gehörte auch der Sozialdiakon im Brandenburgischen Viertel Hartwin Schulz von Anfang an zu den regelmäßigen Montagsdemoteilnehmern. Nein – er war nicht nur Teilnehmer. Er nahm an der Organisation und Durchführung der Demos selbst teil, soweit es sein Zeitfonds erlaubte. Im Gemeindezentrum der evangelischen Kirche im Brandenburgischen Viertel – jetzt Bonhoeffer-Haus – hat die Eberswalder Montagsdemo eine Heimstatt gefunden. Dort fanden die jeweiligen Vorbereitungstreffen für die Demos statt. Hartwin Schulz moderierte die Treffen und sorgte nicht selten für einen Ausgleich der widerstreitenden Meinungen.

Eine Besonderheit gab es bei der Eberswalder Montagsdemo im Juli 2005 – eine Demo in Form eines Gottesdienstes zum Thema »Vertrauen«, den Pfarrer Hans-Peter Gierung, Sozialdiakon Hartwin Schulz, Pfarrer i.R. Hans-Dieter Winkler u.a. gestalteten.

Die Erhaltung der Albert-Einstein-Oberschule war ein weiteres besonderes Anliegen von Hartwin Schulz. Bei den von Hartwin Schulz maßgeblich mitorganisierten Aktionen von Schülern und Eltern gegen die Schulsch-



ließung schlossen sich auch die Montagsdemonstranten an. Das Beharren der Politiker auf Fortsetzung der verfehlten Bildungs- und Schulpolitik ließ die Erkenntnis reifen, daß man sich selbst unmittelbar in die Politik einbringen muß, um Veränderungen zu bewirken. Die Bürgermeisterab- und darauffolgende -neuwahl bot die Chance, mit anderen Bürgerinitiativen ein Bündnis zu schließen und einen eigenen Bürgermeisterkandidaten aufzustellen. Hartwin Schulz wurde der Bürgermeisterkandidat des »Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde«.

Zur Montagsdemo am zweiten Jahrestag der Montagsdemo eröffnete Hartwin Schulz den heißen Wahlkampf. Montagsdemonstranten gehörten zu den fleißigen Wahlhelfern, die u.a. 100.000 Flugblätter für Hartwin Schulz verteilten und die Informationsstände besetzten. Am Ende war die gemeinsame Freude groß über den glänzenden Wahlerfolg. Mit 18,7 % der Stimmen im ersten Anlauf erreichte Hartwin Schulz den (allerdings undankbaren) dritten Platz. Damit legte er den Grundstein für die Wahlbeteiligung des Bündnisses bei den nächsten Kommunalwahlen. A.T.

Volksinitiative für Sozialticket erfolgreich begonnen

Eberswalde (bbp). Mit etwa 300 gesammelten Unterschriften auf der Maiveranstaltung der Gewerkschaften am 1. Mai auf dem Marktplatz begannen in Eberswalde die Aktionen für die Volksinitiative für ein Sozialticket in Brandenburg. Einige Tage später nutzte die Gewerk-

schaft ver.di den landesweiten Aktionstag »Offenes Unternehmen« am 12. Mai für weitere Sammlungen. Allein vor dem Instandsetzungswerk der Deutschen Bahn in Eberswalde kamen 110 Unterschriften zusammen. Mit der Volksinitiative wird die Landesregierung aufge-

fordert, ab dem Jahr 2008 ein Sozialticket in Brandenburg einzuführen. Ein Sozialticket kann für viele Menschen in Brandenburg Mobilität sichern und Ausgrenzung verhindern. Die im ALG II-Regelsatz für Verkehrsleistungen vorgesehene Summe von derzeit 11 Euro monatlich reicht bei weitem nicht aus, die notwendigen Mobilitätskosten zu decken. Nach aktuellen Berechnungen erfordert ein Sozialticket einen Zuschuß von etwa 5 Millionen Euro, die vom Landeshaushalt bereitgestellt werden sollen. Die Volksinitiative läuft noch bis Ende September 2007. Bis dahin muß das Quorum von landesweit 20.000 Unterschriften zusammenkommen, um das Thema Sozialticket in den Landtag zu bringen.

Internetlinks zu Infos und Unterschriftenlisten für die »Volksinitiative zur Einführung eines Sozialtickets in Brandenburg«:

http://bb.verdi.de/#sozialticket_fuer_brandenburg_ver.di_unterstuetzt_landesweite_volksinitiative
<http://www.berlin-brandenburg.dgb.de/article/articleview/5132/1/9/>
<http://www.volkssolidaritaet.de/cms/Volkssolidaritaet%3%A4t+Brandenburg/Themen+Brandenburg/Sozialticket-p-8051.html>
http://www.dielinke-brandenburg.de/fileadmin/dialog-brandenburg/Flugblaetter/DialogBB_Folder-Sozialticket_2.pdf
http://www.dielinke-brandenburg.de/fileadmin/dialog-brandenburg/Flugblaetter/Unterschriftenliste_VI_Sozialticket_quer_endversion__1_.pdf

Verwehrte Gleichberechtigung – schon im Jugendalter?

Wenn in Leserbriefen eine »Auskunftsspflicht« über Geschenke zur Jugendweihe als »Schikane« bezeichnet oder als »bodenlose Frechheit« eingeschätzt wird, so möchte ich diese Meinungsäußerungen unterstützen. Wer – wie das Jobcenter – Geschenken ab 50 Euro als »unangemessen hoch« einstuft und bei ALG II-Beziehern auf Einkommen oder Sozialgeld anrechnet, also deren Bezüge dadurch schmälert, der hat wohl jegliche Bindung zur gesellschaftlichen Gegenwart mit den heutigen Preisen verloren!?

Ich finde es richtig, ja: begrüßenswert, wenn Großeltern, Verwandte und Freunde zur Jugendweihe oder Konfirmation den Jugendlichen Geld für ihr Sparkonto schenken, das z.B. später zum Erwerb des Führerscheins verwen-

det werden kann. Denn auch in der Berufsausbildung sind solche Voraussetzungen oft gefragt. Daher stelle ich folgende Fragen an die Verantwortlichen, die ständig in Worten »Förderung der Kinder und Jugendlichen« predigen, in der praktischen Arbeit aber das Gegenteil beschließen: Müssen sich die Kinder der Hartz IV-Empfänger, die ohnehin ihren Altersgefährten gegenüber in vieler Hinsicht benachteiligt sind, nicht als »Menschen zweiter Klasse« fühlen, wenn mit ihnen SO verfahren wird? Wo bleibt die vielgepriesene »Gleichberechtigung« in unserem Lande?

Im Namen vieler Gleichgesinnter heißt die Forderung an die Politiker: Wirksame Veränderung dieses Zustandes!

GÜNTER HOF

3. Baumschutzstammtisch

Am 22. Juni 2007 um 19.30 Uhr wird sich der Barnimer Baumschutzstammtisch zum drittenmal treffen. Diesmal im Ratskeller im Eberswalder Rathaus in der Breiten Straße 42-44. Alle Baum- und Alleefreunde sind herzlich eingeladen. Insbesondere für jene aus dem Oberbarnimer Raum wäre das diesmal gute Gelegenheit zur Teilnahme.

Auf der Tagesordnung wird u.a. die Auswertung des 2. Panketaler Baumfestes und des Barnimer Umweltpreises sein. Die komplette Tagesordnung steht Mitte Juni fest. Inzwischen hat der Barnimer Baumschutzstammtisch auch eine E-Mail-Adresse (baumschutz@google-groups.com) sowie eine Google Group mit öffentlichen Zugang eingerichtet.

Dr. ANDREAS STEINER

B167-Nordvariante entspricht den Erfordernissen

Wenn die Nordvariante der B 167 neu in den Verkehrswegeplan aufgenommen ist, entspricht das auch den überregionalen Verkehrsplanungen des Bundes. Bei dem heutigen Verkehrsaufkommen werden hoch belastete Straßen nicht als »Konfliktpotential« zu den in der Stadt wohnenden Menschen und der Wohnbebauung durch Städte hindurchgeführt. Krankmachende Feinstäube und Lärm gehören nicht in die Stadt. Die nördliche Variante stellt nicht nur eine Ortsumgehung im klassischen Sinne dar, sondern wird auch dem Charakter der infrastrukturellen Bandstruktur der Stadt Eberswalde gerecht. Mit der Anbindung an die Industrie- und Gewerbegebiete dient die B 167 neu auch der Verbesserung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur. Ein Raumordnungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung, mit allein über 1.000 Unterschriften aus dem Stadtteil Finow, hat die beiden Südvarianten verworfen und die Nordvariante als die Verkehrsführung mit den wenigsten Eingriffen in die Natur ermittelt. Die Zuordnung der Straße zu den im nördlichen Eberswalde und Finowfurt gelegenen Gewerbe- und Industriegebieten spielte dabei auch eine wichtige Rolle.

Wenn jetzt der Kreistagsabgeordnete der BKB, Herr Madeja, gedanklich wieder eine Südvariante mit Eberswalder Schwung aus dem Hut zieht, entspricht das eher seiner verkehrsplanerischen Ahnungslosigkeit mit der er hausieren geht. Eigentlich müßte man dem BKB Kreistagsabgeordneten Madeja unterstellen, daß er das Ergebnis des Raumordnungsverfahrens zur B 167 neu kennt.

Für den Transport von Massengütern wie Holz, Getreide, Schrott oder Baustoffe und Massenschüttstoffen aus dem Hafen braucht es keinen Eberswalder Schwung, um diese Güter quer durch die Stadt Eberswalde auf eine südliche liegende B 167 neu zu transportieren. Diese Massengüter müssen ohne Belastung für die Stadt und die Menschen auf dem kürzesten Wege ihr Ziel über die nördliche B167 zur Autobahn finden. Wenn die Finowfurter und der BKB Abgeordnete Madeja bei ihren nebulösen Verkehrsplanungen eine Südanbindung und vielleicht einen Finowfurter Schwung brauchen, dann sollten sie doch diese bauen und die Verkehrsströme durch die eigene Gemeinde lenken.

THOMAS GILLES

Runder Tisch Radverkehr

Bernau (ms). Der Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses Markus Schaefer ruft zur Bildung eines runden Tisches Radverkehr Bernau auf. Interessierte Bürger, die an der Verbesserung des Radverkehrs in Bernau mitwirken wollen, werden aufgerufen, sich bei ihm zu melden.

Runde Tische gibt es bereits in mehreren Städten der Republik. Mit einfachen Mitteln konnte vielerorts der Radverkehr attraktiver und sicherer gemacht werden. Angesichts der Lärmbelastung und des Feinstaubes in Bernau ist es an der Zeit, Pläne auch umzusetzen. »Was woanders geklappt hat, sollte auch bei uns funktionieren.« meint der Grüne Schaefer von der Freien Fraktion in Bernau. Inzwischen gibt es auch Vorschläge, den runden Tisch Radverkehr auf den »Speckgürtelbereich« der Gemeinde Panketal auszudehnen.

Telefonisch oder per Fax kann man sich melden unter 03338-703950. Per eMail ist der Kontakt unter schaefer.m@arcor.de möglich. Außerdem bietet sich die Einwohnerfragestunde in der Stadtverordnetenversammlung am 31.05. um 19.00 Uhr an, um Probleme an zu sprechen oder Anregungen zu geben.

Einwohnerfragestunde zur 19. Sitzung des Kreistages Bamim am 18. April 2007

Landrat Ihrke: Wir machen alles richtig!

Zur Einwohnerfragestunde des Kreistages am 18. April wandte sich Carsten Zinn mit drei Fragekomplexen zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der parlamentarischen Arbeit, zur Umsetzung des Sozialgesetzbuches II und III im Landkreis Barnim sowie zur Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kreisverwaltung Barnim an Landrat Bodo Ihrke (BBP 5/2007). Inzwischen liegt die schriftliche Antwort des Landrates vor.

Zum Vorschlag Carsten Zinns, auch bei den Ausschusssitzungen Einwohnerfragestunden einzuführen antwortete Ihrke:

Die mit der Regelung der Einwohnerfragestunde in der Landkreisordnung verfolgten Ziele werden durch die in jedem Kreistag eingeräumte Möglichkeit einer Einwohnerfragestunde vollumgänglich erreicht.

Die beratenden Ausschüsse des Kreistages sind keine Organe des Landkreises wie

z. B. der Kreistag oder der Landrat. Sie können den Landkreis nicht nach außen vertreten und nicht in seinem Namen Informationen an die Einwohner weitergeben oder Fragen beantworten. Die beratenden Ausschüsse des Kreistages bereiten die Beschlüsse des Kreistages vor und kontrollieren die Verwaltung. Sie könnten Anfragen der Einwohner deshalb überwiegend nur aufnehmen und an die vertretungsberechtigten Organe des Landkreises weiterleiten.

Die Einwohnerfragestunde ist zudem vom eigentlichen Entscheidungsprozeß der Kreistagsabgeordneten scharf zu trennen. Die Rollenverteilung zwischen dem Kreistag als Beratungs- und Beschlußorgan und den Einwohnern als Zuhörer bzw. Anregende bei Sitzungen des Kreistages muß gewahrt bleiben. Die Einwohnerfragestunde darf daher nicht die kommunalverfassungsrechtlich gebotene Behandlung der Tagesordnung gefährden.

Die von Ihnen angesprochenen demokratischen Rechte der Mitwirkung sind den Bürgerinnen und Bürgern nicht nur über die Einwohnerfragestunde des Kreistages gegeben. Vielmehr kann sich jede Bürgerin und jeder Bürger mit ihrem/seinem Anliegen jederzeit über den Vorsitzenden an den Kreistag bzw. über den Landrat an die Kreisverwaltung wenden. Schon allein unter diesem Gesichtspunkt sind die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger unseres Landkreises in aller Vielfalt gegeben. Aus den genannten Gründen ist nicht vorgesehen, in den Ausschüssen eine Einwohnerfragestunde einzuführen.

Carsten Zinn hatte auch die Veröffentlichung relevanter Beschlussvorlagen des Kreis-

tages und seiner Fachausschüsse einschließlich der Niederschriften im Internet angeregt. Dazu schreibt der Landrat, »daß der Landkreis bereits eine entsprechende Software erworben hat. Über dieses System soll zukünftig das gesamte Sitzungsmanagement erfolgen«. Derzeit seien Vorbereitungsmaßnahmen im Gang.

Zur Frage, ob zur offiziellen Kreishausöffnung am 1. Juli auch »zivilgesellschaftliches, unternehmerisches, aber auch gesellschaftspolitisches und sozialpartnerschaftliches Engagement (dazu gehören auch Gewerkschaften) im Landkreis dargestellt werden kann«, wird nur lapidar geäußert, daß »die Bürgerinnen und Bürger unseres Landkreises selbstverständlich herzlich eingeladen« seien.

Zum zweiten Fragenkomplex führt Bodo Ihrke aus, daß die Trägerversammlung und der Beirat des Jobcenters Barnim nichtöffentlich tagen, »weil dies in den entsprechenden Satzungen so festgeschrieben ist. Bei der Verabschiedung der Satzungen wurde über diese von Ihnen aufgeworfene Frage ausführlich diskutiert. Die Vor- und Nachteile wurden abgewogen. Im Rahmen der Sitzungen werden unter anderem unternehmerische Entscheidungen diskutiert und getroffen, es werden Personalentscheidungen getroffen, die dem Datenschutz unterliegen und strategische Überlegungen angestellt. Um dennoch Transparenz zu gewährleisten, gehören dem Beirat Vertreter zahlreicher Institutionen und Einrichtungen an, die den Informationsfluss gewährleisten. Zu berücksichtigen ist auch, daß der Beirat kein Entscheidungsgremium ist. Die Notwendigkeit zur Änderung der Satzungen wird nicht gesehen. Ebenso teilt der Landkreis in keinster Weise Ihre Auffassung, daß der Beirat die Rolle eines »Frühstücksdirektors« einnimmt.«

Zur zweiten Frage des Komplexes teilt Ihrke mit, daß Beratungen der örtlichen Arbeitsmarktakteure »bereits auf verschiedenen Ebenen erfolgen. Insbesondere im Bereich der Fachkräftesicherung, den wir aus Sicht der Wirtschaftsförderung als sehr wichtig ansehen, wurden bereits zahlreiche Initiativen ins Leben

gerufen.« Nachhaltige Wirkung könne jedoch nur erreicht werden, »wenn die Bundesregierung die entscheidenden Instrumente zur Verfügung stellt«.

Von den kurzfristig geplanten zusätzlichen 1.000 ABM-Stellen in Brandenburg werden dem Landkreis nach Aussagen des Landrates 66 Stellen zugewiesen.

Vor seinen Antworten zum dritten Fragenkomplex weist Landrat Ihrke darauf hin, daß »nach herrschender Meinung« arbeitsrechtliche Konflikte zwischen Verwaltungsmitarbeitern und der Kreisverwaltung als Arbeitgeber »wohl grundsätzlich nicht« zu den Angelegenheiten des Landkreises gehörten, die im Rahmen der Einwohnerfragestunde hinterfragt werden könnten.

»Unabhängig von diesen Erwägungen« antwortet Ihrke, daß der Inhalt des Brandenburgischen Weiterbildungsgesetzes, insbesondere der Bildungsanspruch nach § 14 des Gesetzes, allen Verantwortlichen bekannt sei. »Sie können davon ausgehen, daß die Festlegungen des Brandenburgischen Weiterbildungsgesetzes in Bezug auf Aus-, Fort- und Weiterbildung in unserem Hause Mindeststandards darstellen. Vielmehr zeigt die Entwicklung der Aus-, Fort- und Weiterbildung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, daß die diesbezüglichen Aktivitäten des Landkreises weit über die gesetzlichen Mindeststandards hinaus gehen. Die Notwendigkeit einer gesonderten Vereinbarung mit dem Personalrat besteht somit nicht.«

Die Kreisverwaltung arbeite »auf der Grundlage einer nach Prioritäten im Rahmen der Haushaltsplanung für das jeweilige Folgejahr erstellten Aus- und Weiterbildungsplanung«.

Alle ordnungsgemäß eingegangenen Anträge nach dem Weiterbildungsgesetz seien auch positiv beschieden worden. »Insofern verwehre ich mich auch ausdrücklich gegen Ihre unter 3.3 geäußerte Behauptung, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung würden an der Ausübung ihrer Rechte nach dem Weiterbildungsgesetz gehindert oder müssen bei Ausübung dieser Rechte mit Nachteilen rechnen.«

Nach Überweisung durch die Augenärztin N.K. Goretzki zur Augenklinik im Werner-Forßmann-Krankenhaus Eberswalde wurde mir im Abstand von zehn Wochen an beiden Augen der Graue Star durch den Oberarzt Dr. T. Kotiasvili operiert. Mit ca. achtzig Prozent Sehkraft konnte ich drei Tage nach der Operation ohne Brille lesen und andere leichte Arbeiten verrichten. Die Operation selbst dauerte etwa dreißig Minuten. Hinzu kamen umfangreiche vor- und nachbereitende Arbeiten

Den »klaren Blick« wieder erhalten

Ein russischer Oberarzt im Forßmann-Krankenhaus hilft tausenden Patienten

durch andere Spezialisten und Schwestern der Station. Mit nicht wenigen ehemaligen Patienten der Augenklinik und Bekannten habe ich gesprochen, sie hatten fast alle zwei Operationen hinter sich. Alle äußerten sich hochachtungsvoll über die vorzügliche Behandlung,

welche der Oberarzt mit seinem Team vollbringt. Ich selbst bin immerhin 84 Jahre alt. Da steckt man Operationen nicht so einfach weg. Herzlichen Dank dem Kollektiv der Augenklinik im Werner-Forßmann-Krankenhaus Eberswalde.

GÜNTER ZÜRNER

Bebauungsplanänderung ermöglicht Biogas im TGE

Eberswalde (bbp). Im Januar hat die Eberswalder StVV die Einleitung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 400 »Technologie- und Gewerbepark« im vereinfachten Verfahren beschlossen. Vereinfachtes Verfahren bedeutet u.a., daß auf eine »frühzeitige« Unterrichtung und Erörterung verzichtet wird. Aufgrund des vereinfachten Verfahrens kommt die Änderung bereits im Juni zur Beschlußfassung. Am 5. Juni berät der Ausschuß Bau, Planung und Umwelt und am 7. Juni der Hauptausschuß bevor am 21. Juni die StVV über die geänderte B-Plan-Satzung beschließt.

Die Änderungen betreffen die Einbeziehung bisheriger Verkehrsflächen in das bereits festgelegte Industriegebiet und die Änderung der Gebäudehöhe in eine »Baumassenzahl«. Damit steht auf dem TGE eine große zusammenhängende Industriefläche zur Verfügung. Dies seien nur geringfügige Änderungen, begründet die Stadtverwaltung die Vereinfachung. Vom 26. Februar bis zum 27. März lagen die Unterlagen zur Einsichtnahme durch die Bürger aus. Allerdings gab es seitens der Bürger weder Stellungnahmen noch Einwendungen.

Was nicht verwundert, denn der eigentliche Grund der Änderung des Bebauungsplanes geht aus den vorliegenden Unterlagen nicht hervor. Erst auf Nachfrage informierte Baudezernent Dr. Günther Prüger am 6. März, daß die B-Plan-Änderung den Weg frei machen soll für die geplante Errichtung einer Biogasanlage auf dem TGE steht (vgl. BBP 3/2007).

Die OPTICONS Verwaltungsgesellschaft mbH aus dem bayerischen Rosenheim plant in Eberswalde die Errichtung der nach eigenen Aussagen mit 5 Megawatt Leistung weltgrößten Biogasanlage. Als Generalauftragnehmer fungiert die inTRUST AG, die seit 2005 bei Anklam eine 2,5 MW-Anlage betreibt, die bislang mit dem Etikett der weltgrößten Anlage versehen ist. Ursprünglich sollte die Biogasanlage im westlichen Teil des TGE entstehen. Allerdings regte sich sofort der Protest von Anwohnern aus Lichterfelde, die Geruchs- und zusätzliche Verkehrsbelastung fürchteten. Das jetzt für die Anlage vorgesehene Gelände hat einen größeren Abstand zur Wohnbebauung. An der zusätzlichen Verkehrsbelastung dürfte sich indes kaum etwas ändern.

Die geplante Biogasanlage benötigt pro Jahr rund 130.000 Tonnen Biomasse. Das sind etwa 40 bis 50 LKW-Fuhren pro Tag. Für 100.000 Tonnen Maissilage sollen Silos entstehen. Eine solche Maisproduktion erfordert 2.400 ha landwirtschaftliche Nutzfläche. Biogas ist Erneuerbare Energie. Dennoch werden solche Großanlagen von Umweltsachverständigen skeptisch betrachtet. Befürchtet werden landwirtschaftliche Monokulturen mit zunehmendem Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen. Verstärkter Maisanbau in der Region wird zudem die ohnehin angespannte Wasserbilanz weiter verschlechtern. Daneben schmälert der hohe Transportaufwand die Bioenergiebilanz. Unklar ist auch, wie auf dem TGE die bei der Energieproduktion entstehende Abwärme genutzt werden kann.

Unabhängig davon verabschiedet sich das TGE mit der geplanten B-Plan-Änderung vom bisherigen Markenzeichen »Produzieren im Grünen«. Jetzt heißt es vielmehr, daß »Schornsteine und Sonderbauten für die Betreibung eines größeren Betriebes in der Regel unumgänglich« sind.

Stadtplanung mit Axt und Säge

Nahe der Kreuzung der Eberswalder Straße mit der Spechthausener Straße in Richtung Finow ist mit der Errichtung eines Gebäudes begonnen worden. Zuvor wurden große Bäume an der Einfahrt zum Parkplatz auf dem Gelände der ehemaligen Chemischen Fabrik gefällt. Und zwar nach Beginn der Vegetationsperiode. Die Bäume hatten das Stadtbild in diesem Bereich wesentlich mitgeprägt. Bis zu einer Tiefe von 20 m von der Straßengrenze aus fielen die Bäume der Säge zum Opfer.

Die Stadt erteilte für das Vorhaben eine Baugenehmigung, die auch eine Genehmigung zur Baumfällung enthielt. Selbstverständlich wurde zur Baumfällung die Zustimmung der unteren Naturschutzbehörde eingeholt. Baudezernent Dr. Prüger antwortete in der StVV auf Anfrage, es habe sich bei der Erteilung der Baugenehmigung um ein Geschäft der laufenden Verwaltung gehandelt. Die Untere Naturschutzbehörde erklärte, ihre Zustimmung sei nötig gewesen, weil sonst der Platz auf dem Grundstück für die geplante Investition nicht gereicht hätte. Ersatzpflanzungen würden erfolgen. Auf die Frage, ob die Bebauung des Grundstücks und die Abholzung der Bäume im Einklang mit der Stadtentwicklungskonzeption stehe und mit dem Kampf gegen die Feinstaubbelastung in der Stadt zu vereinbaren ist, wurde nicht geantwortet. Ebenso gab es keine Stellungnahme dazu, daß die Bäume nach Beginn der Vegetationsperiode gefällt wurden.

Aber eigentlich liegt die Antwort klar auf der Hand: Erneut wurde die Stadtentwicklung im Bereich der Kreuzung Eberswalder/Specht-



hausener Str. Unternehmerinteressen geopfert. Weil das Grundstück zu klein war, mußten die Bäume weichen. Dabei hätte dem Unternehmer sicher mit einem geeigneteren Grundstück geholfen werden können. Mit weiteren Bebauungen entlang der Eberswalder Straße wird der Bandstandcharakter von Eberswalde weiter zementiert, statt ihn zu mäßigen.

Es ist festzustellen, daß jedes Jahr weitere Bäume aus der Stadt verschwinden. Auch wenn dafür Ersatzpflanzungen außerhalb der Stadt erfolgen, vermindert sich doch der Baumbestand in der Stadt. Ersatzpflanzungen sind zwar für das Klima insgesamt gut, aber sie ersetzen nicht die positiven Wirkungen der gefällten Bäume für das Kleinklima in der Stadt.

Seit Wegfall der städtischen Baumschutzsatzung sind verstärkte Baumfällungen zu verzeichnen. Das betrifft weniger die Eigenheimgrundstücke und die Kleingärten. Dort wollen die Bürger im Einklang mit der Natur leben. Aber im städtischen und gewerblichen Bereich wurde kräftig zu Axt und Säge gegriffen.

Deshalb sollte die Stadt eine Analyse über die Entwicklung des Baumbestandes im gesam-

Barnimer Umweltpreis

Bereits zum 12. Mal in Folge schreiben Bündnis 90/Die Grünen in diesem Jahr den Barnimer Umweltpreis aus. Der Preis ist erneut mit 750 Euro dotiert. Gestiftet wird das Preisgeld von dem Eberswalder Stadtverordneten Andreas Fennert und dem Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen.

Prämiert werden besonderes ehrenamtliches Engagement, Eigeninitiative und Kreativität beim Schutz von Natur und Umwelt, im Klimaschutz und in der Umweltbildung. Bewerber können sich Einzelpersonen, Gruppen und Vereine aus dem Landkreis Barnim. Inhalt und Zeitraum der Projekte und Initiativen sollten anschaulich dargestellt werden. Bis zum 5. Juni, dem Weltumweltag, können Bewerbungen in der Geschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen, Brautstraße 34, 16225 Eberswalde, eingereicht werden. Qualifizierte Vorschläge für die Preisvergabe sind ebenfalls erwünscht.

Im letzten Jahr wurden der ALNUS e.V., die Lokale Agenda 21 Biesenthal, der Verein Robert-Koch-Park Panketal und weitere Gruppen mit Preisen geehrt.

KARL-DIETRICH LAFFIN

ten Stadtgebiet in den Jahren seit der Wende durchführen. Dazu können unter anderem Luftbilddaufnahmen und die erteilten Fällgenehmigungen genutzt werden.

Weiterhin sollte die Stadtverordnetenversammlung überprüfen, ob es nicht besser ist, die städtische Baumschutzsatzung in geänderter Form wieder aufleben zu lassen, um dem Kahlschlag im städtischen und gewerblichen Bereich zu begegnen.

UTE FREY

Ab 1. Juli soll es in der Region Barnim-Uckermark eine alternative Regionalwährung geben

Die »Oderblüte« – Geld zum Leben

von Dr. Hans-Jürgen Fischbeck

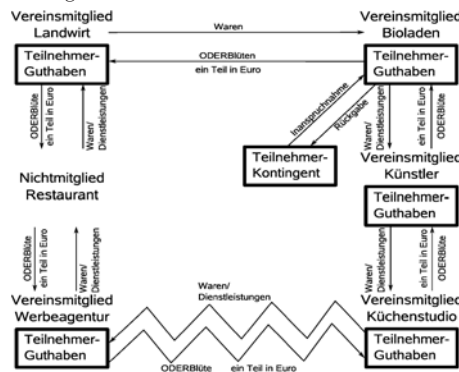
Alles, was man zum Leben braucht, muß man kaufen. Dazu braucht man Geld. Das weiß jedes Kind. Aufgabe der Wirtschaft wäre es, so könnte man meinen, daß sich alle, die es können, in Arbeitsteilung und gegenseitigem Austausch das Geld, das sie zum Leben brauchen, selbst verdienen können. Die es nicht können, werden solidarisch mitversorgt.

Das Ziel der privaten Veranstalter der real existierenden Wirtschaft aber ist ein anderes, nämlich, ihr Eigentum zu mehren. Aufgabe und Ziel fallen nicht selten auseinander. In der Regel steigen die Aktienkurse eines Unternehmens, das Arbeitsplätze abbaut. Am direktesten und wirkungsvollsten funktioniert die Vermehrung des Eigentums bei Geldvermögen, die zur leistungslosen Selbstbereicherung ihrer Besitzer vermöge des Zins- und Zinseszins-Effektes bestens geeignet sind. Geldvermögen können so exponentiell unbegrenzt wachsen. Der Volksmund weiß es: »Für die erste Million muß man arbeiten, die übrigen kommen von allein.« Sie fallen aber nicht vom Himmel. Die Zeche müssen alle zahlen, denn in allen Preisen, Steuern und Mieten stecken zu 30-40 % Zins- und Renditekosten drin, die auf die Konten der Besitzenden fließen. So werden all überall die Reichen reicher und die Armen ärmer und zahlreicher, und so erfüllt sich das Grundgesetz der real existierenden Wirtschaft: Aus Geld muß mehr Geld werden. Gemeint sind natürlich Geldvermögen.

Wie lebensfeindlich die Zwänge dieses Gesetzes funktionieren, ist überall zu sehen. Ich möchte es nur an einem typischen Beispiel illustrieren und ein paar Folgerungen daraus ableiten. Ein Kraftfahrer erzählte mir, daß seine Arbeitsbedingungen auf die Stellung eines »Selbständigen Kraftfahrers« hinauslaufen, der sich auf dem Markt um Aufträge bemühen und von Fall zu Fall einen LKW »leasen« muß. Dazu gibt es Fahrer-Verleih-Agenturen. Versichern muß er sich natürlich selbst. Diese Externalisierung der sozialen Kosten ist ja der Sinn der Sache und eigentlich nichts Neues. Neu ist daran nur, daß nun selbst Kraftfahrer zu »Unternehmern« gemacht werden sollen. Das ist das neoliberale Ideal. Die Entsolidarisierung und Entsicherung der Existenz ist dann perfekt. Unter solchen Bedingungen kann man keine Familie mehr gründen, und das zeigt sich in der Statistik. Nach der Wende ging die Geburtenrate im Osten Deutschlands auf ein Drittel zurück. Inzwischen mag sie wieder etwas gestiegen sein, vielleicht auf westdeutsches Niveau, aber auch das ist niedrig wie noch nie. Daß das kein kultureller, sondern ein struktureller Effekt ist, sieht man beispielsweise daran, daß die Geburtenrate in Polen noch niedriger ist als bei uns. Kinder passen eben nicht recht in das System. Sie können eben noch keine »Unternehmer« sein, das sieht selbst jeder neoliberale Ökonom ein. Sie bedürfen noch der familiären Solidarität, so daß sich die Familie

zum Leidwesen der Marktapostel noch nicht so recht kommerzialisieren läßt. Aber unter dem Druck der Verhältnisse werden Kinder für viele doch vorrangig zum nicht mehr tragbaren Kostenfaktor und Armutsrisiko.

Marktkonform werden Kinder erst, wenn sie Kaufkraft haben, und sei sie noch so klein, und dadurch Konsumenten werden. Die Werbung setzt mit großem Erfolg alles daran, daß dies so früh wie möglich geschieht. Werbung ist die Marktluft, die Kinder atmen, die oft mehr zu ihrer Sozialisierung beiträgt als das auch schon konsumistisch kontaminierte Familienleben, sofern es neben dem Fernseh- und Videospielekonsum überhaupt noch stattfindet und sich nicht jeder nach Belieben selbst aus dem Kühlschrank versorgt. So ist es nicht verwunderlich, wenn Kinder heute schon mit 12 Jahren anfangen zu rauchen und Alkohol zu trinken.



Der viel gerühmte sozialstaatliche Generationenvertrag zur Altersversicherung beruht auf gesicherter, versicherungsfähiger Erwerbsarbeit die, wie das Kraftfahrer-Beispiel zeigt, ebenfalls nicht wirklich systemkonform ist und folglich abgebaut wird, wo es nur geht. Öffentliche Arbeitgeber stehen ihren privaten Vorbildern kaum nach. Überall soll »verschlamkt« und »abgespeckt« werden und was dergleichen Euphemismen mehr sind. Der »Speck«, der da entfernt werden soll, aber sind Menschen, die gesichert leben wollen. Da ist es nicht verwunderlich, daß auch die Krankenversicherung krank geworden ist und durch die an den Symptomen kurierende Gesundheitsreform sicher nicht nachhaltig geheilt werden kann. Damit wird deutlich: Dieses Geld in diesem System, das sich in den Großvermögen im Übermaß ansammelt (200 Milliarden besitzen mehr als die arme Hälfte der Menschheit), aber da fehlt, wo es gebraucht wird, weil es dort zu wenig Rendite abwirft, ist dysfunktional. Es tut nicht, was es soll, es dient dem Leben nicht, eher schadet es ihm.

Was soll diese Klage, wenn man doch nichts ändern kann? Auf der politischen Ebene ist in der Tat nichts zu machen. Die Politik hat ihr Primat verloren. Die Parteien haben sich mit den Verhältnissen abgefunden, wie sie sind. Dennoch ist es möglich, lebensdienliche regionale Alternativen zu entwickeln und zu erproben. Für unsere Region ist das Regiogeldsystem »Oderblüte« von Matthias Karkuschke, seines Zeichens Diplom-Volkswirt, ausgeklügelt worden, wobei er Rat und Tat anderer Initiativen wie der »Havelblüte« in Potsdam berücksichtigt hat. Es handelt sich um ein zinsloses Geldsystem in Ergänzung zum Euro, das eine vernünftige Funktionsteilung zwischen dem Euro als Investitionsmittel und der Oderblüte als Tausch- u. Verrechnungsmittel darstellt derart, daß man den knappen Euro nur noch für das auszugeben braucht, was im Verrechnungsbündnis Oderblüte nicht zu haben ist. Die Leistungsgedeckte Oderblüte entsteht immer dort, wo sie gebraucht wird, nämlich dann, wenn einer eine Leistung erbringt, die ein anderer haben will, als Anspruch auf eine gleichwertige Gegenleistung aus dem Verrechnungsring der Oderblüte, der natürlich möglichst viele Anbieter und Nachfrager umfassen soll.

Die Oderblüte soll übrigens am 1. Juli in einer öffentlichkeitswirksamen Aktion in Eberswalde vorgestellt werden. Wenn sie sich entwickelt und angenommen wird, dann kann sie wirklich ein alternatives »Geld zum Leben« werden. Der als nicht rechtsfähiger Verein gegründete »Wirtschaftsring Barnim-Uckermark« soll dann als Genossenschaft neu konstituiert werden. Weitere Informationen unter www.oderblue.de.

Der Physiker und Theologe Dr. Hans-Jürgen Fischbeck gehörte 1989 zu den Mitbegründern von »Demokratie Jetzt«. Nach der Wende wurde er Studienleiter an der Evangelischen Akademie in Mülheim an der Ruhr. Als diese im Jahr 2001 weitgehend abgewickelt wurde, kehrte Dr. Fischbeck nach Brandenburg zurück, um in Altersteilzeit ein Buch zu schreiben, das die Erkenntnisse seiner Studienarbeit in Mülheim aufarbeitet. Er lebt heute in Joachimsthal in der Kommunität Grimnitz und engagiert sich weiterhin in den menschenrechtlichen, friedenspolitischen und ökologischen Demokratisierungsbewegungen.

Die Diskussion wirtschaftlicher Alternativen gehört seit Jahren zu den Themen, die in der Barnimer Bürgerpost behandelt werden. Tauschringe und Regiogeld gehören dazu und wurden u.a. diskutiert in: »Tauschringe – Alternative zum Kapitalismus oder Elendsverwaltung?« (BBP 10/2004 bis 2/2005), »Der doppelte Irrtum vom Wachstum« (BBP 5/2005), »Verrechnungsbündnis für Unternehmer« (BBP 12/2006), »Oderblüte – für mehr Kooperation in der Region« und »Tauschringe und Regiogeld« (beide in BBP 2/2007).

Familienflohmarkt im Frühling

Bei strahlendem Sonnenschein und frühlingshaften 20 Grad Außentemperatur, gaben sich am 21. April die Flohmarkthändler und viele Besucher ein Stelldichein im Dietrich-Bonhoeffer-Haus zum Familienflohmarkt im Frühling. Es wurde gehandelt, getauscht und es begann die »Jagd« nach dem einen oder anderen Schnäppchen. So mancher Besucher fand ein solches dann auch.

Für das leibliche Wohl wurde auch kräftig gesorgt, einmal durch die Händler, die als Standgebühr einen Kuchen mitgebracht hatten und durch den Generationsverein »Dreipunkt« e.V. der in mühevoller Backkunst, hervorragenden Kuchen zauberte. Der besagte Verein verkaufte während des bunten Treibens, den Kaffee, Wasser, Limonade und den wunderbar duftenden Kuchen.

Die Händler und Besucher genossen auf dem Hof die Sonnenstrahlen. Und die Kinder erfreuten sich an der kreativen Gestaltung am

Basteltisch, der eigens für jung und alt errichtet wurde. Dieser Tisch wurde betreut durch das Eltern-Kind-Zentrum und erfreute sich großer Beliebtheit bei den Kindern. Rundum war es ein gelungener Familienflohmarkt im Frühling, alle Menschen ob jung, ob alt, waren zufrieden, gingen und fuhren glücklich gegen 17.30 Uhr nach Hause.

Aufgrund der hohen Nachfrage nach dem nächsten Familienflohmarkt im Dietrich-Bonhoeffer-Haus, haben die Evangelische Kirchengemeinde Finow und das Eltern-Kind-Zentrum entschieden, daß dieser am 8. September 2007 in der Zeit von 13 Uhr bis 17 Uhr im Haus und auf dem Hof stattfindet.

Nochmals sagen wir im Namen der Evangelischen Kirchengemeinde Finow und des Eltern-Kind-Zentrums Danke an alle Händler, alle Besucher und an den Generationsverein »Dreipunkt« e.V. für die tolle Unterstützung.

RENÉ GLOEDE



Und nicht vergessen! Den nächsten Familienflohmarkt im Bonhoeffer-Haus gibt es am 8. September 2007 von 13 Uhr bis 17 Uhr.

2. Panketaler Baumfest

Am Vorabend des Baumfestes liest am Freitag, den 1. Juni, um 20 Uhr im Gemeinschaftshaus des Barnimer Jugendwerkes in der Mommsenstraße 11 in Panketal Olaf Schulz aus seinem Buch »Die Schönsten Alleen in Deutschland«. Olaf Schulz hat die Welt mit einem wirklichen »Meisterwerk in Bild und Wort« beglückt, das einen im Herzen für die »belaubten Lebensspender« gefangen nimmt.

Zudem ist es sehr erfreulich, daß der Autor sich nicht scheut, seinen »Finger in bestehende Wunden zu legen« und in deutlichen Worten auf die Bedrohung unserer Alleen durch den Egoismus und die Gleichgültigkeit der Menschen hinweist. Wer bislang Schwierigkeiten hatte, den Baum als facettenreiches Lebewesen zu begreifen lernt es hier in jedem Fall.

Das 2. Panketaler Baumfest beginnt dann am Sonnabend, den 2. Juni, mit einer Themenwanderung: Der Baum am Straßenrand – Historisches und Poetisches. Unter sachkundiger Führung von Gabriele Breest-Grohnwald wandern wir zu »handverlesenen Baumschönheiten« Panketals. Dabei sind viele spannende Geschichten garantiert. Treffpunkt ist um 14 Uhr der Eingang des Zepernicker Sportplatzes (Straße der Jugend). Die Baumwanderung dauert ca. 90 Minuten und endet auf dem Festplatz am Gemeinschaftshaus.

Dort findet ab 15 Uhr ein Großes Familienfest statt, u.a. mit: Wolle färben und spinnen, Filzen, Holzbasteleien, Kinderschminken, Geschicklichkeitsspiele, Malwettbewerb: Mein Baum, Kaffee und Kuchen.

Ab 16 Uhr gibt es dann verschiedene Vorträge rund um den Baum.

Ab 18 Uhr klingt das Fest aus mit feinstem Jazz/Swing von »Triolo« aus Berlin & Gästen, Stockteig am Lagfeuer, Gegrilltem und Flüssigem sowie mit Musik von DJ Prill.

STEFAN STAHLBAUM
Kontakt.: 030/47006350

Der Bauer aus dem großen Dorf New York

Endlich hatte auch Joachimsthal ein Ereignis. Zur festlichen Eröffnung des Events war nicht nur gekommen, wer sich in und um Joachimsthal für prominent hält, auch Repräsentanten der Kreiszeitung waren zugegen und berichteten artig vom Großvorkommnis. Selbst das Fernsehen aus Potsdam, immer auf der Suche nach einem meldenswerten Fürzchen, ließ sich sehen. Indirekt, aber gewichtig, war sogar die Landesregierung vertreten, hatte sie doch die Inszenierung des »Bauertheaters«, denn um die ging es eröffnungswise, gefördert – also Steuergeld gestiftet.

Was da auf einem Ackerhügel vor der Stadt mehrere Tage ablief, ist an sich so neu nicht. Erinnerung sei an die famose Idee eines Westberliners, der vor Jahrzehnten damit begann, Berliner Luft in Büchsen zu verkaufen; erinnert sei

an Andersens Märchen von des Kaisers neuen Kleidern. Was auf dem Juchtebüdeler Lehmbo-den passierte, ist in vier Worten gesagt: Ein Mann legt Kartoffeln. So etwas geschieht lensens tausendfach überall, aber auf die Idee, den Leuten dergleichen als Sonderereignis unterzujubeln, muß man erst einmal kommen.

Aufgemotzt wird das Projekt durch die unglaubliche Tatsache, daß der Künstler, der den Bauern gibt, aus New York eingeflogen wurde – ein Ostbauer wäre wahrscheinlich an der Größe der Aufgabe gescheitert. Zudem, so heißt es auf einem Infobrettchen am Feldrand, habe sich der US-Mime in den Staaten intensiv auf seine Rolle vorbereitet. Was dem Irrsinn die Krone aufsetzt, ist die Verkündung, es handle sich bei dieser Dummenfängerei um die Nachempfindung von Heiner Müllers »Um-

siedler«-Stück aus den frühen Jahren der DDR. Näher läge da schon Shakespeares »Viel Lärm um nichts«.

Vom Feldweg aus erlebten wir das Schauspiel und sahen am Horizont den emsigen Ami, den gut vorbereiteten Müller-Interpreten, buddeln. Plötzlich hastete ein Mann heran und fragte: »Haben Sie sie entdeckt? Irgendwo muß sie doch stehen«. Er meinte die versteckte Kamera einer populären Fernsehsendung.

Das wäre eine Erklärung. Eine andere, wahrscheinlichere wäre die, daß sich ein paar Witzbolde eine Art Idiotentest ausgedacht haben – mal sehen, wer darauf reinfällt.

Merkwürdig, daß kein Eintrittsgeld zu entrichten war. Normalerweise zahlt der Ossi ja noch drauf, wenn er verschleißt wird.

Dr. STEFFEN PELTSCH

Glorifizierung ist nicht angebracht

Zu: Gedenken am sowjetischen Ehrenmal im Stadtpark Finow (BBP 4/2007)

Wenn Bürger und Mitglieder der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft Kränze am Ehrenmal der Befreiung vom Hitlerfaschismus ablegen und so an diesen geschichtsträchtigen Tag erinnern, gebührt das den uneingeschränkten Respekt.

Wenn die gleiche Zeremonie am 6. April zur Ehrung für zwei in Zeiten des kalten Krieges über Westberlin abgestürzten russischen Piloten einer Jak-28 P erfolgt, sollten einmal andere Erkenntnisse genannt werden, die möglicherweise manchen nicht ins Bild der jahrelangen Glorifizierung des Ereignisses passen. Die offizielle sowjetische Propaganda aus dem Absturzjahr 1966 nannte die Piloten Helden, welche einen Absturz über dicht besiedeltes städtisches Gebiet in Westberlin verhindert hätten und ihr Flugzeug in den Stößensee steuerten und damit ihr Leben bewußt opferten. Die angebliche Heldentat auf Prawda-Papier kann auch in einem anderen Licht gesehen werden.

Richtig ist, daß am 6. April 1966 vom Militärflugplatz Finow eine Jak-28 P ausgerüstet mit dem damals modernsten Radar Orel-P zu

einem Flug über Westberlin starteten. Dies war den Sowjets von den alliierten Westmächten untersagt. Der An- und Abflug nach Westberlin erfolgte kontrolliert in drei festgelegten Korridoren. Unstrittig ist aber auch, daß die Siegermächte alle Möglichkeiten der Spionage aus der Luft nutzten. Welchen wahren Auftrag die beiden Insassen, Hauptmann Boris Kapustin und Oberleutnant Juri Janow über Westberlin hatten, weiß nur die militärische Einsatzleitung.

Der russische Pilot meldete am 6. April 1966 in 4000 Meter Höhe über Westberlin einen Triebwerksausfall und bekam Order unter allen Umständen im Osten zu landen. Das Manöver mißlang und der Absturz erfolgte in der britischen Zone Westberlins in nur 4 Meter Tiefe im Stößensee. Eine Wasserlandung bedeutete für die Insassen eine minimale Chance zu überleben, wenn andere Rettungssysteme nicht verfügbar sind.

Die Sowjets waren sofort mit General Burlanow und Mannschaften zur Stelle und wollten das Flugzeug unbedingt selbst bergen. Die Bri-

ten bargen dann in ihrer Zuständigkeit das sowjetische Aufklärungsflugzeug und die Opfer. Auch hier war der britische militärische Geheimdienst in Aktion und am Radar und am Material der Propeller interessiert. In Windeseile wurde getaucht, ausgebaut und untersucht. Ein britischer Zeitzeuge benannte, im Rahmen eines Beitrages des Senders RBB um die Abhörstation Teufelsberg, allerdings auch noch einige Details der geborgenen Jak-28 P, die nicht in das Bild der damaligen offiziellen Darstellung der Sowjets passen.

Danach hätte der Pilot bei der Bergung eine Pistolenkugel im Kopf gehabt und die Sprengsätze, um mit den Schleudersitzen die Maschine verlassen zu können waren ausgebaut gewesen. Die Besatzung hätte damit gar nicht aussteigen können!

Ob dieser dubiose Flug und der Absturz eines sowjetischen Militärflugzeuges über Westberlin vielleicht einfach nur ein mißglückter Spionageflug war, bleibt möglicherweise für immer Geheimnis des Militärs.

THOMAS GILLES

»Es ist wichtig, nach der Wahrheit zu suchen«

Finow (bbp). Der Absturz der sowjetischen JAK 28 im April 1966 in Westberlin, bei dem der Pilot Boris Kapustin und sein Navigator Juri Janow ums Leben kamen, sorgt auch nach 41 Jahren für kontroverse Diskussionen. Der Eberswalder Kreisvorsitzende der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft Waldemar Hickel übergab der Bürgerpost-Redaktion eine Fülle von Material, die auf das starke Bedürfnis verweisen, das damalige Geschehen aufzuklären. »Für uns ist es wichtig, die Wahrheit zu den damaligen Ereignissen zu erforschen«, sagt er.

Wie in der BBP 5/2007 berichtet, gehörte zu den diesjährigen Gedenkveranstaltungen am 6. April im Stadtpark Finow und auf dem Gelände des Luftfahrthistorischen Museums in Finowfurt auch eine Diskussion mit dem Museumsleiter Dr. Klaus Peter Kobbe sowie mit Nonna Ivachtschenko und Elenora Polunina, die aus der Heimatstadt des Piloten Boris Kapustin Rostow am Don stammen. Nonna Ivachtschenko war Lehrerin an der Schule Kapustins, die seit dem Unglück dessen Namen trägt. Im Jahr 2006 hat sie Rostow besucht und den Kontakt mit Kapustins Familie gesucht. Sie zeigte zahlreiche Fotos und Dokumente, die sie u.a. von der Witwe Kapustins erhalten hatte. Dr. Kobbe ordnete die damaligen Ereignisse in die politische Atmosphäre auf dem Höhepunkt des kalten Krieges ein. Erst ein Jahr vorher hatte die Berliner Bevölkerung unter einer großangelegten gegenseitigen Provokation zu leiden. Der Bundestag tagte am 5. April 1965 in der Westberliner Kongreßhalle. Die Sowjetunion, die bis 1990 auf dem Vier-

mächtstatus Westberlins beharrte, wollte diese Provokation nicht hinnehmen. In einer akribisch geplanten Luft-Operation flogen hunderte sowjetische Kampffjets in etwa 100 m Höhe konzentrisch auf die Kongreßhalle zu, stiegen dann auf und durchbrachen in größerer Höhe mit ohrenbetäubendem Donner die Schallmauer. Vermutungen, daß ein Jahr später die JAK 28 über Westberlin flog, um zu provozieren oder zu spionieren, sind wenig glaubhaft. Galina Andrejewna Kapustina, die Witwe des Piloten, erinnert sich: »Die Flugzeuge wurden für eine andere Einheit überführt, aber sie landeten überraschend am 3. April 1966 auf unserem Flugplatz in Finow, obwohl bis zum Bestimmungsort noch ganze 15 Minuten zu fliegen waren. Die Antriebe waren defekt. Die Flugzeuge durften 3 Tage nicht starten. Die Techniker mühten sich ab, den Schaden zu beheben. Am 6. April 1966 wurde die weitere Überführung der Flugzeuge nach Köthen erlaubt. Nach dem Start des Flugzeuges versagten in der 12. Minute des Fluges, 4 Minuten nach Erreichen der Flughöhe plötzlich beide Triebwerke der Maschine.« Das Unglück von Janow und Kapustin geschah unter den Augen hunderter Zeugen, welche später über diese Tragödie in Westberliner Zeitungen berichteten.

Den Versionen der beiden Briten Roy Weehler und Trevor Allison, über die im Jahr 2005 in einem Fernsehbericht des RBB Berlin berichtet wurde, tritt der Museumsleiter Dr. Kobbe vehement entgegen. Der ehemalige Royal-Air-Force-Mann Weehler hatte behauptet, bei der Bergung habe man das »vordere Besatzungsmitglied« mit einem Kopfschuß gefunden, angeb-

lich »erschossen von dem Hinteren«. Allison, damals Abhörspezialist im Spionagezentrum auf dem Westberliner Teufelsberg, fügte hinzu, daß die beiden Schleudersitze ohne Treibladung gewesen seien. Für Dr. Kobbe kommt diese Version schon deshalb nicht in Frage, weil es sich nach seiner Auffassung bei dem abgestürzten Flugzeug um die Bomberversion JAK 23B handelt. Nur dieser Typ sei damals in Finow stationiert gewesen. Bei dieser Version saß der Navigator, ähnlich wie bei der im Luftfahrtmuseum ausgestellten Aufklärungsversion JAK 28R, in einer gesonderten Kabine vor dem Piloten, getrennt vom Pilotensitz durch ein Metallschott. Diese Aussage sei auch durch Berichte britischer Taucher bestätigt worden, wonach sie den Navigator in einem besonderen Raum vor der Pilotenkanzel vorfanden. Demnach sei eine »Schießerei« im Cockpit unmöglich gewesen, meint Dr. Kobbe. Noch fehlt ihm aber ein Beweis, so daß nach wie vor offen ist, ob es sich um die Bomberversion oder um die mit dem modernsten sowjetischen Radargerät ausgerüstete JAK 28P handelte.

Selbstredend nutzten die Briten die Gelegenheit, das Wrack des damals modernsten sowjetischen Kriegsflugzeuges gründlich zu untersuchen. Auch in der Sowjetunion hatte der Absturz Folgen. Die gerade angelaufene Serienproduktion der JAK 28 wurde sofort gestoppt. Heute gibt es weltweit nur noch sehr wenige Exemplare dieses Flugzeugtyps. Eins davon steht im Luftfahrthistorischen Museum in Finowfurt, freut sich Museumsleiter Dr. Kobbe.

Bildband mit »Eberswalder Ansichten«

Als ich nach Abschluß meines Studiums eine Tätigkeit im Institut für Bodenkunde in Eberswalde aufnahm, war mein erster Arbeitsplatz in der Alten Forstakademie. Die Geschichte des Gebäudes in der Schicklerstraße mit der Inschrift, daß es jedem Segen bringen würde, den Wald zu pflegen, weckte meine Neugier. Ich erfuhr, daß es früher dem Bankier David Schickler, dem Besitzer der Stahl- und Eisenwarenfabrik, gehört hatte und daß später dort Lehrveranstaltungen der Forstakademie stattgefunden haben.

Eine Lithographie von Rudolf Mauve aus dem Jahr 1840 zeigt, wie das Gebäude vor dem Umbau im Jahr 1913 ausgesehen hatte. Mauve war Student der Forstakademie, wie ein altes Verzeichnis der Studierenden beweist. Das 1793 erbaute Haus hatte ursprünglich ein Stockwerk mehr, dafür fehlten damals noch der Giebel und die Säulen. Solche Druckgraphiken teilen uns viel über die Stadtgeschichte mit, da Bilder oftmals mehr zeigen als überlieferte Texte. Fotografien gibt es ohnehin erst seit der Mitte des 19. Jahrhunderts.

Die Kunsthistorikerin Iris Berndt hat alle Druckgraphiken mit Stadtansichten der Provinz Brandenburg in einem Katalog zusammengestellt. Das Buch »Märkische Ansichten« umfaßt fast 2000 Holzschnitte und Kupferstiche, Radierungen und Stahlstiche, Lithographien und Holzstiche aus der Zeit vor 1850. Knapp 900 Ansichten sind in dem im Lukas Verlag Berlin erschienenen Band abgebildet. Dank Unterstützung der Stiftung Preußische Seehandlung kostet das Buch nur 50 Euro.

In der Frühstücksrunde in der Alten Forstakademie, zu der auch der heutige Bürgerpostvereinsvorsitzende Manfred Pfaff gehörte, berichtete eine Kollegin, die eine alte Eberswalderin ist, daß Eberswalde früher ein Bade- und Luftkurort gewesen sei. Ich konnte mir das angesichts des Finowkanals, der Chemischen Fabrik und des Schweinemastkombinats kaum vorstellen. Wer die »Märkischen Ansichten« aufschlägt, erfährt, wie schön früher Eberswalde gewesen sein muß.

Das älteste Blatt der 24 verzeichneten Darstellungen von Eberswalde stammt von dem bekannten Kupferstecher Caspar Merian. Es wurde 1652 verlegt. Der Zeichner blickt von Macherslust auf die mittelalterliche Stadt mit der heute nur noch in Resten erhaltenen Stadtmauer und der Maria-Magdalenen-Kirche. Vorn rechts ist die Georgskapelle abgebildet.

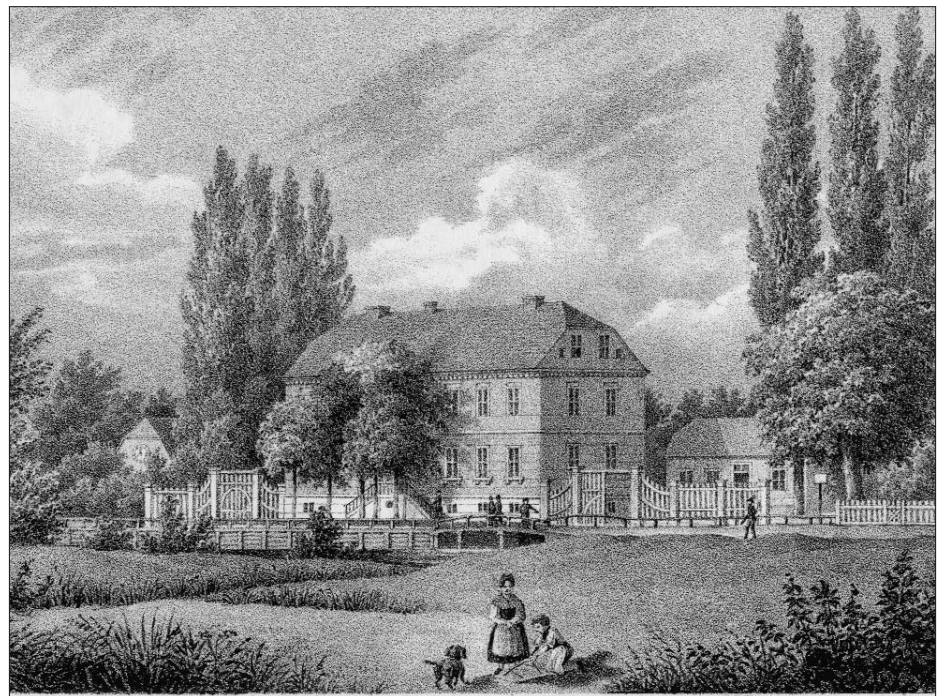
Die Gäste des Gesundbrunnens in Eberswalde erwarben gern Radierungen oder Lithographien als Andenken an ihren Kuraufenthalt. Die Ansichtskarte war in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch nicht erfunden. Vier Ansichten zeigen die Brunnenanlagen. Sie befanden sich in der Brunnenstraße. Selbst der bekannte Maler Carl Blechen hat den Gesund-

brunnen gezeichnet. Ein nach seiner Vorzeichnung angefertigter Stahlstich erschien 1831 im von der Königlich-Preußischen Kalender-Deputation herausgegebenen Berliner Kalender. Als ich einmal diesen Stich mit der Realität vergleichen wollte, war ich enttäuscht. Das Hauptgebäude ist 1889 abgebrannt, in den noch vorhandenen Baulichkeiten wurde Laub zur Kompostierung angenommen.

Auf anderen Druckgraphiken ist die Umgebung des Gesundbrunnens zu sehen, in der die Kurgäste ihre Spaziergänge unternahmen. Zwei Blätter zeigen den Zainhammerteich, drei andere den heute auf dem Zoogelände befindlichen Wasserfall. Abgebildet wurden aber auch der Gasthof zur Goldenen Sonne in der Nähe der heutigen Friedensbrücke, das Schützenhaus am Schützenplatz und Pätzens Mühle am Eichwerder.

Aber auch Waldschäden gab es schon in dieser Zeit. Eine Lithographie in einem von Julius Theodor Christian Ratzeburg verfaßten Werk über Forstinsekten zeigt »vom Waldgärtner bewohnte Kiefern am Schützenhause bei Neustadt-Eberswalde«. Beim Waldgärtner (Kiefernmarkkäfer) handelt es sich um auf Kiefern spezialisierte Borkenkäfer.

Auch mich interessierten Probleme des Umweltschutzes bald so sehr, daß ich aktives Mitglied in Naturschutzvereinen wurde. Gemeinsam mit anderen ökologisch Interessierten setzte ich mich für den Erhalt des gewachsenen Landschaftsbildes ein. So wirkte ich an der Erarbeitung des Landschaftspflegeplanes für das Landschaftsschutzgebiet »Choriner Endmoränenbogen« mit. Chorin ist in den »Märkischen Ansichten« mit 16 Druckgraphiken vertreten. Aber auch Beerbaum, Biesenthal, Blumberg,



In dem jetzt erschienenen Buch »Märkische Ansichten« von Iris Berndt ist auch diese Lithographie der Alten Forstakademie abgebildet.

Mehrfach wurden auch Gesamtansichten der Stadt dargestellt. Als Blickpunkt wurde der Pfingstberg in Ostende, meist aber die jetzige Schillertreppe gewählt.

Eberswalde war für sein metallverarbeitendes Gewerbe bekannt, seit Ruhlaer Messerschmiede in Eberswalde angesiedelt worden waren. Eine Lithographie zeigt die Ruhlaer Vorstadt. Zwei Radierungen bilden den Kupferhammer und den Eisenhammer bei Eberswalde ab. Als 1842 die Bahnlinie von Berlin in Richtung Stettin gebaut wurde, wurde auch das Bahnhofsgebäude in einer Lithographie zusammen mit anderen Bahnhöfen an dieser Strecke dargestellt. Carl Blechen fertigte eine Lithographie des Messingwerkes an. Leider blieb dieses interessante Blatt unvollendet.

Joachimsthal, Oderberg, Schönerlinde und Werneuchen sind verzeichnet. Bernau wurde in 14 Druckgraphiken abgebildet. Leider ist das dort dargestellte mittelalterliche Stadtbild durch Neubauten aus der Zeit nach 1975 beeinträchtigt worden.

Der Vergleich zwischen den über 150 Jahre alten Graphiken und dem heutigen Stadt- und Landschaftsbild ist vielleicht das Reizvollste für den Leser dieses Buches. Mir hat es jedenfalls viel Freude bereitet, gemeinsam mit meiner Frau nach dem Standort der Hartsch-Bank oder nach Pätzens Mühle zu suchen.

Das Buch (ISBN 978-3-936872-78-1) kann in jeder Buchhandlung erworben werden oder unter www.lukasverlag.com bestellt werden.

»Meine Patenbrigade«

Grundschüler und Eberswalder Unternehmen wollen voneinander lernen

Einmal mehr wird eine alte Erfahrung aufgegriffen, die – wie es nach 1990 schien – dem Vergessen preisgegeben war. Zu DDR-Zeiten hatte jede Schulklasse ihre Patenbrigade. An die Patenbrigade, die meine Klasse in der Unterstufe (heute heißt das Grundschule) hatte, kann ich mich noch erinnern. Es war die Instandsetzungsbrigade des Reparatur- und Traktorenstützpunktes der LPG unseres Dorfes, die vom Vater meines Schulfreundes Frank geleitet wurde. Von den Patenbrigadisten in der Oberstufe weiß ich nichts mehr. Die verblaßte Erinnerung mag auch darin begründet sein, daß die an sich gute Idee der Patenschaften zwischen Schülern und Produktionskollektiven mit der Zeit – wie so vieles in der DDR – in drögem Formalismus erstickte.

Gut fünfzehn Jahre brauchte es, um darüber hinwegzukommen.

Die Wiederauferstehung der Patenbrigaden ist u.a. dem Engagement des neuen Eberswalder Bürgermeisters zu verdanken. Friedhelm Boginski hatte schon als Leiter der Goetheschule enge Kontakte zu Betrieben der Region aufgebaut. Wegen der Abgabe der weiterführenden Schulen einschließlich zweier Grundschulen betreffen die aktuellen Aktivitäten nur noch die in städtischer Trägerschaft verbleibenden drei Grundschulen. Den Anfang machte die Grundschule Finow, die

am 22. Mai einen Patenschaftsvertrag mit der Stadtwerke Eberswalde GmbH abschloß. Schulleiter Karsten Boldt, Stadtwerkegeschäftsführer Jörg Thiem und Bürgermeister Friedhelm Boginski unterzeichneten den Patenschaftsvertrag in den Geschäftsräumen der Stadtwerke unter den wachsamen Augen von Grundschulern. Bereits eine Woche später, am 29. Mai, besiegelte auch die Grundschule Schwärzensee ihren Vertrag mit einem Patenbetrieb. Partner der Grundschüler aus dem Brandenburgischen Viertel sind die Kolleginnen und Kollegen der Technischen Werke Eberswalde GmbH. Auch an der Vertragsunterzeichnung im Freizeitbad »baff« durch Schulleiter Ernst Hobohm, TWE-Geschäftsführer Horst Schaefer und Bürgermeister Boginski nahmen aufmerksame Grundschüler teil.

Ziel der Vereinbarungen ist eine kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen den Schulen und den Betrieben. Das Interesse der Kinder an der Arbeit zu wecken, das Zusammentreffen von »Nachwuchs« und Fachleuten, gegenseitiges voneinander Lernen und sich zu unterstützen sind Schwerpunkte der Vereinbarungen.

Ob und mit welchem Eberswalder Betrieb die Grundschule »Bruno H. Bürgel« eine Patenschaft eingeht, war zu Redaktionsschluß noch nicht bekannt.

GERD MARKMANN

Glockenläuten gegen G8

Vom 6. bis 8. Juni tagt der G8-Gipfel in Heiligendamm. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) begleitet diesen Gipfel kritisch mit Andachten und Gebeten. So werden in vielen Teilen unseres Landes, und auch hier im Kirchenkreis Barnim, am 6. Juni um 18.00 Uhr für 8 Minuten die Kirchenglocken läuten. In der Maria-Magdalenen-Kirche und in der Evang. Kirche in Finow werden im Anschluß daran Andachten unter dem Motto »Acht Minuten für Gerechtigkeit« stattfinden. Alle Bürger sind eingeladen daran teilzunehmen und damit deutlich zu machen, daß wir Menschen die Verantwortung für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung haben.

DOROTHEA MARTIN

Brandenburg im Klimawandel

Eberswalde (prest-ew). Das Museum in der Adler-Apotheke eröffnet am 1. Juni um 19 Uhr die Ausstellung »Wasser ist Leben – Brandenburg: Gewässerreich aber wasserarm« im Rahmen der aktuellen Sonderschau »Barnim-WASSER«. Das Ausstellungsprojekt im Museum ist Teil des brandenburgweit veranstalteten Themenjahres »Horizonte. Kulturland Brandenburg 2007/ Fokus Wasser«. Zur Eröffnung am 1. Juni diskutieren Axel Vogel (Landesumweltamtes), Dr. Müller (Bundesforschungsanstalt Hamburg), Stadtförster Wolfram Simon sowie weitere Experten über aktuelle Entwicklungen. Die Veränderung des Wasserhaushaltes hat gravierende Folgen und wirft Fragen auf: Steppe statt Moor? Magnolie statt Kiefer? Hirse statt Roggen? Wird sich unsere über Jahrhunderte geprägte Kulturlandschaft verändern? Die Ausstellung wird bis zum 29. Juli gezeigt.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte den Energiebrief »BARUM 111« als kostenlose Beilage zum Abo erhalten.
- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.
anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
telefon: (0 33 34) 35 65 42
telefax: (0 18 05) 22 10 40 973
e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
bbpforum: bbp-forum-subscribe@yahoo.com (für Abonnenten)
redaktion: Gerd Markmann
fotografie: Gloede, Markmann, Triller (3)
druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 59 351
redaktionschluß: 26. Mai 2007

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck erlaubt. Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erwünscht. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 23.6.2007, 12 Uhr.